

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 20 Pf., frei im Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf., Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 10 Pf., für politische und gewerkschaftliche Besuchs- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Steuergeld und Schließstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erstein täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 11. Juli 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Zur Diskussion über den Massenstreik.

II.

Wenn man jetzt in der „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ und dem Bochumer „Volksblatt“ liest, daß es ein schwerer Fehler gewesen sei, daß man nicht bereits zur Verschärfung des preussischen Wahlrechtskampfes zur Proklamierung des Massenstreiks geschritten sei, möchte man wirklich glauben, die Verfasser dieser Artikel hätten die ganze Massenstreikdebatte vor und in Jena verschlafen. Da wird in der „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ gesagt, es sei jedenfalls nötig, „daß Worte und Taten niemals auseinanderklaffen“, und in dem Bochumer „Volksblatt“ heißt es gar, es sei schlimm, wenn die Führer immer den Mund gar zu voll nähmen und gleich mit Kanonen drohten, wenn sie nicht einmal mit dem Pusterohr zu schießen wagten. Danach müßte also in Jena der politische Massenstreik bereits für die allernächste Zukunft, speziell zur Erklämpfung des preussischen Wahlrechts in drohende Aussicht gestellt worden sein. Bürgerliche Blätter mögen ihren Lesern ja etwas derartiges vorkaufern, um aus der Nichtanwendung des Massenstreiks in diesem Frühjahr eine Blamage, einen neuen Dohna-Machtsbeweis der Partei herzuleiten. Aber Parteiredakteure sollten doch wissen, daß in der Jenaer Massenstreikdebatte auch nicht von einem einzigen Redner mit einer einzigen Silbe die Möglichkeit angedeutet wurde, den Massenstreik in der nächsten Zeit als Pressionsmittel zur Erklämpfung einer preussischen Wahlreform zu benutzen. In der Resolution selbst ist allerdings die Möglichkeit der Anwendung des Massenstreiks zur Erringung demokratischer Zugeständnisse vorgesehen; in der ganzen Debatte war aber nur von einem Abwehrstreik gegenüber Attentaten auf Wahl- und Koalitionsrecht die Rede.

Und speziell Webel selbst ließ in seinem Referat nicht den geringsten Zweifel über seine Auffassung. Er führte darin aus:

„Wir Deutschen tun nicht so leicht einen Schritt, den wir uns nicht genau überlegt haben, was uns ja den Vorwurf zugezogen hat, wir wären wie der österreichische Landsturm, der immer hinten nachhinkt. Wir sind der Meinung: ehe wir uns in so große Kämpfe einlassen, müssen wir erst gründlich organisieren, agitieren, politische und wirtschaftliche Aufklärung schaffen, die Massen selbstbewußt und widerstandsfähig machen, sie begeistern für den Moment, wo wir ihnen sagen müssen: Du hast ein Alles einzusetzen, weil eine Lebensfrage für dich als Mensch, als Familienvater, als Staatsbürger auf dem Spiele steht. (Lebhafte Weisheit.) Wir wollen nicht — das sagt auch meine Resolution nicht — die Massen blindlings in den Streik treiben; es versteht sich doch von selbst, daß wir die unorganisierte Masse nicht blind in den Streik gehen lassen werden.“

Doch ein Beweis dafür, daß in Jena kein Mensch daran dachte, etliche Monate später als Protest gegen die preussische Dreiklassenwahl den Massenstreik inszenieren zu wollen! — Über mehr noch: Als Genosse Südekum in der Debatte äußerte:

„Eine Diskussion, wie wir sie führen, kann in den Köpfen wenig aufklärter Arbeiter die Vorstellung erwecken, als ob etwa die Absicht besteht, daß nächste Woche um 4 Uhr der Massenstreik losgeht.“

erregte er durch diese als völlig grundlos empfundene Verifizierung große Unruhe. Wer hätte damals auch ahnen können, daß jetzt nicht etwa „wenig aufgeklärte Arbeiter“, sondern sogar Parteiredakteure eine so naive Auffassung von der Debatte hegen könnten.

Daß es sich auch bei der Resolution nur um das prinzipielle Anerkennung handelte, daß der Massenstreik „gegebenenfalls“ ein wirksames Mittel des Klassenkampfes sein könne, daß sie aber irgend welche Verpflichtung, sich nun blindlings bei der ersten Gelegenheit in eine Streikaktion zu stürzen, nicht enthielt, geht zu allem Ueberflus auch daraus hervor, daß selbst die Genossen David, Frohne und Südekum für diese Resolution stimmten, obwohl sie die Durchführbarkeit eines Massenstreiks für ein überaus schwieriges Unternehmen erklärt hatten.

Die Zahl der Delegierten, die gegen die Jenaer Resolution stimmten und damit die Möglichkeit eines politischen Massenstreiks überhaupt verneinten, war ja an sich gering. Aber man darf nicht übersehen, daß sich unter ihnen die einflussreichsten Leiter der Gewerkschaftsbewegung befanden. Und daß es ein Ueberschuss war, ohne Einverständnis und aktive Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder mit einiger Aussicht auf Erfolg in den Massenstreik einzutreten, darüber herrscht in der Parteipresse von der „Leipziger Volkszeitung“ bis zur „Frankfurter „Volksstimme“ nahezu Einstimmigkeit. Daß aber die Gewerkschaften in der Tat dem Massenstreik vielfach noch skeptisch oder gar ablehnend gegenüberstehen, das gab der Verfasser der Artikel im Bochumer „Volksblatt“ vor Jahresfrist selbst zu, als er am 8. Juni 1905 im „Vorwärts“ (in einem Artikel „Gewerkschaft und Partei“) schrieb:

„Was sind am Ende die fünfzigtausend Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gegen die Masse des deutschen Proletariats?“

Da kann man es wohl begreifen, daß sie den Wunsch haben, zunächst einmal die Masse des Proletariats zu gewinnen und die Diskussion von Kampfmitteln, die ihnen bei Betrachtung ihrer relativ geringen Zahl noch aussichtslos erscheinen, vorläufig ablehnen.“

Und trotzdem hätte die Partei im Frühjahr 1906 bereits den Massenstreik inszenieren sollen!\*) Diese Logik verstehe wer kann!

Unserer Auffassung nach wäre es geradezu eine Kopflösigkeit gewesen, wenn die leitenden Kreise der Partei solchen Wünschen entsprochen hätten. Entschiedenem Handeln steht den entschlossenen Willen und, wenn es nicht blindes Drauflosstürmen sein soll, auch die volle Einsicht in die Tragweite dieses Handelns und alle seine möglichen Konsequenzen voraus. Wer den Massenstreik will, muß auch entschlossen sein, ohne Murren und Kleinmütigkeit alle erforderlichen Opfer zu bringen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so enthält auch eine momentane Niederlage nur den Keim des späteren Sieges. Aber diese Voraussetzungen waren bisher noch nicht erfüllt, man war, das beweisen nicht nur die Debatten in Köln, sondern auch die in Jena, nicht gewillt, ohne weiteres in den Massenstreik einzutreten, gleichviel, welche Opfer er auch kosten möge. Ja, ein Teil der leitenden Gewerkschaftsmitglieder hielt die Opfer eines Massenstreiks überhaupt für derartig große und seinen Erfolg für derart zweifelhaft, daß er zu diesem Kampfmittel keinerlei Zutrauen hegte.

Und gerade, weil die Dinge so lagen, legten die Rautsky, Roland-Holtz usw. ein so großes Gewicht auf die Diskussion des Massenstreiks, um alle Kreise des Proletariats von der Notwendigkeit zu überzeugen, im gegebenen Falle von der Masse des Massenstreiks Gebrauch zu machen!

Ganz in diesem Sinne äußerte sich ja auch Webel in Jena:

Selbstverständlich kann nicht davon die Rede sein, daß, wie man auch häufig hört, der Generalstreik unzulässig über Nacht kommen müsse, daß man nicht über ihn reden dürfe. Eine große demokratische Partei wie wir kann keine Geheimpolitik treiben. (Lebhafte Zustimmung.) Sie muß am offenen Tage kämpfen. (Erneute Zustimmung.) Wie wollen wir denn die Massen eines Tages in der Hand haben, wenn wir sie nicht moralisch, geistig in unsere Gewalt gebracht, ihre Begeisterung, ihr Vertrauen erweckt haben, damit wir ihnen sagen können: Jetzt gibt es keinen anderen Weg mehr, jetzt in den Klassenkampf hinein, und wenn Ihr eure Schuldigkeit tut, so siegen wir. (Lebhaftes Bravo!)

Die Gegner der genannten Genossen in der Massenstreikdiskussion haben zwar immer gesagt und sagen noch heute: Was soll das ewige Diskutieren über den Generalstreik, man proklamiere doch kurzerhand die Massenstreikaktion! Die russischen Genossen haben nicht lange geschwätzt, sondern gehandelt! Nicht anders haben es die Genossen in Italien und anderwärts gehalten. Als ob die Verhältnisse in diesen Ländern nicht ganz anders lägen als in Deutschland! In Russland führte die revolutionäre Spannung zum spontanen Ausbruch des Massenstreiks, in Italien entlud sich das romanisch-impulsive Temperament in solchen Aktionen. Für Deutschland scheiden beide Momente aus. Dafür besitzen wir wirtschaftliche und politische Organisationen, ohne deren Entscheid und Leitung eine politische Aktion unmöglich ist. Ein impulsives, spontanes Ausbrechen des Massenstreiks unter Ueberspringung der Organisationen ist bei der Disziplin des deutschen Proletariats ausgeschlossen. Einzelne Genossen mögen das bedauern und die romanische Form spontaner Eruptionen der Volksstimmung höher stellen als die straffe Disziplin und nüchternere Besonnenheit des deutschen Proletariats; allein der Charakter und die organisatorische Erziehung der deutschen Arbeiterklasse — auf die die Partei bisher stets stolz war — schaffen für Deutschland nun einmal ihre besonderen politischen Kampfformen.

Mit alledem soll natürlich — man darf sich heute in Parteidiskussionen leider nicht einmal das Allergeringste schenken — nicht gesagt sein, daß nicht auch in Deutschland eine Situation möglich wäre, in der — wie bei einem Angriff auf das Reichstagswahlrecht oder das Koalitionsrecht — die Forderung nach Erklärung des Massenstreiks mit elementarer Gewalt hervorbräche. Ja nicht nur; ohne eine solche Kampfstimmung wäre die energische Durchführung des Massenstreiks geradezu ausgeschlossen. Allein diese Stimmung würde nur das psychologische Ergebnis einer intensiven Klassenkampfschulung sein, die dem Proletariat nicht nur durch die politische, sondern auch durch die gewerkschaftliche Presse übermittelt worden sein müßte. Darf man doch niemals vergessen, daß es gerade infolge des Wachstums unserer Gewerkschaften Hunderttausende gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gibt, die nur die Gewerkschaftspresse lesen und sich der Einwirkung durch die Parteipresse und andere Agi-

\*) Wir verstehen hier wie überall in unseren Darlegungen unter dem politischen Massenstreik einen Streik von längerer Dauer und eindringlicher Wirkung. An einen halb- oder auch ganz-tägigen „Massenstreik“ denken wir dabei nicht, da eine solche Aktion lediglich den Charakter einer von den Gegnern nicht allzu tragisch genommenen Demonstration tragen würde. Auch sagte ja schon Webel in Jena bei Erwähnung des schwedischen dreitägigen Demonstrationsstreiks: „... auch den werden wir in Deutschland nicht machen, einen solchen Streik, bei dem man gleich sagt: Wir machen einen Massenstreik auf 3 Tage.“

tationsmittel einstweilen wenigstens entziehen. Mit einem Wort: Soll dem Proletariate, was ja auch das Bochumer „Volksblatt“ für unerlässlich erklärt, „Erkenntnis seiner Klassenlage, seiner wirtschaftlichen und politischen Rechtlosigkeit... Erkenntnis des Wertes politischer Freiheiten... sozialistische Erkenntnis“ eingefloßt werden, so muß dazu nach Möglichkeit auch die Gewerkschaftspresse beitragen. Und soll sich das gewerkschaftlich organisierte Proletariat in der Gesamtheit mit dem Gedanken des politischen Massenstreiks vertraut machen, so muß ihm das Verständnis für einen solchen opferreichen Kampf auch durch seine gewerkschaftliche Organisation vermittelt werden. Da aber die Leiter der Gewerkschaften selbst zum guten Teile vom Massenstreik bis jetzt nichts wissen wollen, so ist es ganz unumgänglich, sie durch Diskussion der Frage zu einer anderen Auffassung zu bringen.

So steht mit zwingender Logik die Proklamierung des Massenstreiks dessen gründliche Diskussion voraus. Das betonte mit aller Entschiedenheit auch Webel in seinem Jenaer Referat:

„Wenn große Massen in Frage kommen, kann man nicht Maßregeln, bei denen die Massen eine Rolle zu spielen haben, vor den Massen unbesprochen lassen. Soll die Masse mit Begeisterung für eine bestimmte Handlung eintreten, dann verlangt sie auch die Wirkung und den Zweck der Maßregel zu kennen. Das ist ihr gutes Recht. (Lebhafte Zustimmung.)“

Wer also den Massenstreik inszenieren zu können glaubt, ohne sich erst des klaren Einverständnisses der Massen versichert zu haben, der täuscht sich gewaltig über die Suggestivkraft seines eigenen Wunsches. Gelänge es ihm freilich trotzdem, die Massen blindlings in eine solche Aktion hineinzureißen, deren Ausgang möglicherweise für die Massen eine herbe Enttäuschung bilden könnte, so könnte er dadurch der ganzen Bewegung den unübersehbaren Schaden zufügen!

## Die Revolution in Russland.

Die Kosaken erwachen!

Aus Nowosibirsk wird berichtet, daß die Kosaken einer Bezirkskomitee nicht in die Mobilmachung neuer Sotnien des zweiten Aufgebots einwilligten und den Beschluß faßten, die Reichsдума zu ersuchen, sie möchte auf die Entlassung der bereits mobilisierten Kosakenregimenter hinwirken.

Petersburg, 10. Juli. Der Petersburger Telegraphen-Agentur wird aus Jussowka, Gouvernement Jelaterinow, unter dem gestrigen Datum gemeldet: Unter den hiesigen Kosaken sind schwere Verstöße gegen die Disziplin vorgekommen; sie haben wiederholt mit demonstrierenden Arbeitern gemeinsame Sache gemacht. Eine Sotnie von zehn Kosaken weigerte sich, Übungen mitzumachen; der Kommandeur ließ sie gefangen setzen. Kurz darauf weigerte sich eine andere Sotnie, auf eine Schaar von Demonstranten zu feuern; die Sotnie ist nach Berühmungsprotokoll verlegt worden. 500 Arbeiter hielten eine Versammlung ab und beschloßen, die verhafteten Kosaken zu befreien. Sie zogen zur Kosakenkaserne und warfen nach der ihnen entgegengestellten Kompanie Soldaten mit Steinen. Der Führer der Kompanie ließ feuern. Zwei Arbeiter wurden verwundet, ein Offizier und ein Soldat durch Steinwürfe verletzt. Am Abend zogen 3000 Bergleute wiederum zur Kaserne, um die verhafteten Kosaken zu befreien.

Petersburg, 10. Juli. Ueber die Vorgänge in Jussowka wird noch folgendes mitgeteilt: Als die 3000 Bergleute, die zur Befreiung der verhafteten Kosaken nach der Kaserne gezogen waren, erfuhren, daß der Zug mit den verhafteten Kosaken bereits nach Wadmut abgefertigt sei, zogen sie zur Wagnstation, besetzten die Bahnlinie und forderten, daß der Zug zurückbeordert werden solle. Als die Truppen herankamen, zerstreuten sich die Bergleute. Gegenwärtig ist die Ruhe im Jussowkabezirk wieder hergestellt. Alle Betriebe sind in Tätigkeit.

Sündenbock.

Petersburg, 9. Juli. (B. Z. W.) Es bestätigt sich, daß gegen den Abgeordneten Madjin ein gerichtliches Ermittlungsverfahren wegen Anstiftung der Meuterei im Preobraschenski-Regiment eingeleitet worden ist.

Agrarunruhen, Streiks.

Petersburg, 10. Juli. Von verschiedenen Seiten einlaufende Drahtmeldungen stellen eine Zunahme der Ausbreitung der Agrarunruhen fest. Immer häufiger werden die Meldungen über bewaffneten Widerstand der Bauern.

Odeffa, 10. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In dem hiesigen Hafen ist der allgemeine Ausstand ausgedehnt.

Der dritte Mann.

Petersburg, 10. Juli. (B. Z.) Außer Witte wurde auch der Dumapräsident Ruromzew zum Zaren berufen, um Vorschläge betreffs Bildung eines parlamentarischen Kabinetts zu machen.

Die kleinen Diebe und der große — Koschdjewitsch.

Kronstadt, 10. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach fast zehntägiger Verantung hat gestern das Marinekriegsgericht in der Angelegenheit der Uebergabe des Torpedoboots „Wedow“ an die Japaner folgendes Urteil gefällt: Vier Offiziere wurden für schuldig erachtet, die „Wedow“ mit Vorbedacht den Japanern übergeben zu haben, wofür sie der Todesstrafe durch Erschießen zu unterwerfen seien. Sie werden jedoch der Gnade des Kaisers empfohlen werden mit der Bitte, die Todesstrafe in Verhängung der Milderungsgründe in Ausschluß vom Dienst mit Verlust einiger Rechte umzuwandeln. Admiral Koschdjewitsch und die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

## Die Urheber der Oktoberrevolution.

Einen hochinteressanten Beitrag zu den vom Fürsten Urussov gemachten Enthüllungen über die Organisation der „schwarzen Bänder“ bildet ein Vortrag S. Lwow's, eines angesehenen Mitgliedes der R.-D.-Partei.

Nach seiner Ueberzeugung haben die holländischen Pläne, nach deren Verwirklichung Rußland drei Tage lang mit Blut überflutet, mit Leichen und Wägen bedeckt wurde, den „Verband russischer Leute“ zum Ausgangspunkt. Die Seele der ganzen Verschwörung war der berühmte General Bogdanowitsch, dessen Namen durch ganz Rußland keineswegs als Exkursionen eines patriotischen Liebhabers betrachtet werden können. Er war vielmehr mit der Erfüllung einer besonderen, ihm von der Hofkammer — mit Treppoff an der Spitze — anvertrauten Mission betraut. Das Resultat seiner Reisen war die Herstellung eines dichten Netzes verschiedener „patriotischer“ Organisationen, wie z. B. Filialen des „Verbandes russischer Leute“, „Vanneträger“, „Fürsorger und Vaterland“ usw. Die Anwerbung neuer Mitglieder schritt rasch vorwärts, und im geeigneten Moment waren die Generale der „Schwarzen Bänder“ imstande, an „zuständiger“ Stelle zu melden, daß ihre Armee bereits 100 000 Köpfe zähle! Dieses schwarze Heer war streng organisiert und in Abteilungen gegliedert, an deren Spitze sogenannte Hundertköpfler standen. Der Oktoberrevolte der Eisenbahner fand diese Hauptleute gerade in Petersburg und schloß sie von ihren Abteilungen ab! Da wurde, um ihrer Not abzuhelfen, am 27. Oktober ein besonderer Eisenbahnerausgesandter, der unter der Flagge eines Sanitätszuges die Hauptleute nach Moskau brachte! Von da aus gelangten sie auf allerlei Umwegen in alle Gegenden Rußlands, in der einen Hand ein geschliffenes Schwert, in der anderen — glimmenden Funder! Das Zeichen ward gegeben und das teuflische Werk vollbracht.

Wie Lwow in Erfahrung gebracht hat, wurde Graf Witte von allem in Kenntnis gesetzt; es wurden ihm Dokumente vorgelegt, die keinen Zweifel darüber aufkommen ließen, daß eine geheime Organisation sich die Veranstaltung von Revolutionen zum Ziel gesetzt habe. Die Mitteilungen wurden zuerst sehr misstrauisch aufgenommen, und erst nach wiederholten eindringlichen Vorstellungen erfolgte das Versprechen, die Angelegenheit zu untersuchen. Dabei ist auch die Entdeckung der Geheimdruckerei im Polizeidepartement, von der Fürst Urussov gesprochen hat, in keinem Falle einem bloßen Zufall zuzuschreiben. Lwow wundert sich nur darüber, daß Urussov, der die Nachrichten der geheimen Regierung vor aller Welt bloßgelegt hat, nichts davon zu berichten weiß, daß alle zur Herstellung in der Geheimdruckerei bestimmten Aufträge im Original die Aufschrift tragen: „Drucken! Treppen.“ Das sei, so sagt Lwow, eine Tatsache, die er jederzeit durch authentische Dokumente nachweisen könne!

So wird es also mit jedem Tag klarer, wo und in wessen Händen die Fäden der grauhaftesten Verschwörung liegen, die je in der Geschichte gegen Menschenleben und Volksglück gesponnen worden sind. Jetzt weiß man auch, wer jene geheime Regierung ist, die während der Wahlstörer Revolte gemäß der Aussage des Dumamitgliedes Krassnow von Gouverneur von Grodno der ihm von Geselew wegen zunehmender Macht beraubt hat, jene geheime Regierung, deren Befehle von der Polizei höher geachtet werden als die Verordnungen des offiziellen Ministeriums.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Juli.

### „Post“-Gesäfel.

Die von dem Vorstände unserer Partei geplante Herausgabe einer Parteikorrepondenz und Errichtung einer Arbeiterschule finden selbstverständlich nicht den Beifall der gegnerischen Presse. In ihrem Kerger über diese „Äußerungen zur nächsten Reichstagswahl“ greift sie dazu, aber die „Arbeiterschule“ zu wüheln und von „Dressur“, „Schablonenhafter Einpartei“, „Vergewöhnung der Arbeitergroßen“ usw. zu reden. Selbstverständlich geht dabei die von den Schloßbaronen alimentierte „Post“ voran. Sie leistet sich folgenden Gemütsgeruch:

„Mit der plötzlichen Rückfrage für die Bildungsbestrebungen der „Genossen“, denen die Parteileitung, wie wir früher ausgeführt haben, bisher stets „hülfe bis an das Herz hinan“, sogar mit einer gewissen Abneigung, da sich einigermaßen gebildete Arbeiter nicht so leicht am Gängelbande führen lassen, gegenüberstand, hat es natürlich eine gewisse Bewandnis. Zunächst muß die Freigebigkeit dieser da oben überlassen. Denn neben der Arbeiteruniversität soll auch eine Zentralkorrespondenz gegründet werden. Nicht rein zufällig fallen beide Gründungen zeitlich zusammen; man will offenbar vor den nächsten Reichstagswahlen, von denen und noch ein Zeitraum von knapp zwei Jahren trennt, eine geistige Uniformität für Agitation und Presse schaffen. Zudem man für letztere eine bestimmte Schablone schafft, soll verhindert werden, daß die einen Teil der sozialdemokratischen Presse inspirierende revisionistische Stampferische „Reinigungsfabrik“, von der anlässlich des „Vorwärts“-Konfliktes so viel die Rede war, die Oberhand gewinnt, vielmehr soll letztere jetzt allmählich von der Bildfläche verschwinden dadurch, daß die neue, im unversähten „nationalistisch-ökonomischen“ Sinne a la Mehring-Stadthagen redigierte Korrespondenz den Parteiblättern gratis zugeht. So soll die verachtete Konkurrenz aus dem Felde geschlagen werden. Auch für die mündliche Form der Verbreitung von Parteiwissen soll jetzt eine Zentralinstanz geschaffen werden. Ueber beiden gemeinsam soll der Geist W. Grundwalds walten, des verachteten Jenerer Studenten, jetzigen Fraktionssekretärs und Reichstagskandidaten für Mühlhausen - Langentalpa. Dieser strebame Herr, den auf dem Wilsde vom letzten Parteitag der „Zehngedote-Hoffmann“ väterlich wohlwollend auf seinen Schoß hielt — was nicht nur bildlich zu deuten ist — wird nun nicht bloß in der „Arbeiter-Bildungsschule“, die allem Anscheine nach in eine „Akademie“ umgewandelt werden wird, sondern auch als Chefredakteur in der Parteikorrepondenz sein national-ökonomisches Wissen von sich geben. Dr. Erdmann aus Düsseldorf, früher Redakteur des Parteiblattes in Köln, ist ein etwisch-ästhetischer Schwärmer, der Grundwald als Mitredakteur schwerlich gefährlich werden wird, ebenso wie der ehemalige Zigarrenarbeiter Wilhelm Schröder, einer der „edlen Sechse“ aus dem Zentralorgan, der in verhältnismäßig so kurzer Zeit aus dem „Sankt ein Paulus“ geworden ist. Jedenfalls wird Grundwald der Spiritus rektor der Parteikorrepondenz sein, wie er schon jetzt der eigentliche Leiter der „Arbeiter-Bildungsschule“ ist. Als solcher läßt der stramme Marxist, der Grundwald wenigstens zu sein vorgibt, keinerlei abweichende Meinung aufkommen. Das hat im vorigen Jahre Dr. Rudolf Steiner, der sich eine Zeitung auch solch „Genosse“ nannte, am eigenen Leibe erfahren. Wegen angeblicher „theosophischer Umtriebe“ wurde dieser nach verschiedenen Redebuellen mit seinem Kollegen Grundwald, trotzdem er rhetorisch seinem Gegner mit dem schwachen, pießigen Organ bei weitem überlegen war, zur Niederlegung seines Amtes als Geschäftsführer an der „Arbeiterbildungsschule“ genötigt. Ähnliche Fälle haben sich an dem der „freien Forschung und Meinungsäußerung“ dienenden Institut wiederholt ereignet.

Uns über diese alberne Leistung aufzuregen, fällt und nicht ein. Sie entspricht völlig dem politischen Bildungsniveau der „Post“ und ihrer Hintermänner. Es ist eine andere Sache, die uns zum Ausdruck der Notiz bestimmt. Mehrfach schon ist uns ausgefallen, daß die „Post“ hin und wieder Artikel und Notizen bringt, aus denen sich ergibt, daß sie aus Parteitreifen inspiriert oder richtiger mit Mitteilungen über interne Vorgänge in der Partei versorgt wird. Von Personen, die genau die Einzelheiten der Verhandlungen kennen, können diese Mitteilungen nicht ausgehen, denn neben

einzelnen richtigen Angaben oder Andeutungen finden sich so viele lächerliche, der näheren Kenntnis der Parteiverhältnisse ermangelnde Mitteilungen, daß diese Inspirationen nur von Personen herkönnen, die selbst erst wieder aus dritter, vierter Hand etwas von den Vorgängen und Plänen erfahren haben, und zwar Unzufammenhängendes, das von ihnen durch eigene Kombinationen ergänzt worden ist. So ist z. B., wie konstatiert werden kann, völlig unrichtig, daß der Genosse Grundwald zum Leiter oder auch zum Lehrer der Arbeiterschule auserkoren ist. Allem Anscheine nach ist der edle Informator der „Post“ eine Person, die ihre Informationen auf allerlei Umwegen bezieht und dann diese nicht selbst literarisch verarbeitet, sondern deren Verarbeitung einem Redakteur oder Mitarbeiter der „Post“ überläßt, denn zwischen halb- oder viertelrichtigen Angaben finden sich nicht selten Äußerungen, die eine geradezu zum Spott herausfordernde Einfältigkeit verraten. Möglich wäre allerdings auch, daß die „Post“, die erst neuerdings im Fall Schöne-Redukten zeigte, wie gute Beziehungen sie zur politischen Polizei unterhält, ihre Informationen von Polizeispitzeln bekommt, die im Nebenamt auch für sie tätig sind.

Auf die Anrempelung der Genossen Grundwald und Schröder einzugehen, lohnt sich nicht der Mühe. Für uns hat der Dünkel, der aus der Bemerkung spricht, Grundwald sei auch einmal in seinem Leben Student und Schröder Zigarrenarbeiter gewesen, einen höchst komischen Anstrich, der uns nur in unserer Ansicht über gewisse pathologische Erscheinungen in der „Post“-Redaktion bestärkt. Bekanntlich sind weitläufig die meisten Abgeordneten, Redakteure und sonstigen Angestellten der sozialdemokratischen Partei aus Arbeiterkreisen hervorgegangen; sie stehen deshalb aber im politischen Kampf, auf der Reichstagstribüne wie in der Presse nicht minder ihren Mann. Besonders lächerlich aber erscheint uns dieser Dünkel bei einem Organ wie die „Post“, deren Artikel und Notizen von einigem Wert fast sämtlich der Korrespondenz des Reichsverbandes, der Lorenzischen „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“, den „Berliner Politischen Nachrichten“ und anderen ähnlichen Korrespondenzen entnommen sind, während sich die eigene „geistige“ Leistung der Redaktion auf ein Minimum beschränkt und fast nur darin besteht, die Berichte der Mitarbeiter in Tropp und anderen Bildungsmetropolen zuzufügen. Wie gering das Begriffsvermögen der „Post“-Gelehrten ist, beweisen sie selbst dadurch, daß sie von einer „nationalistisch-ökonomischen“ Richtung a la Mehring-Stadthagen sprechen. Sie haben mal etwas von einer „ökonomisch-historischen“ Auffassung gehört, da sie aber mit diesem Ausdruck nichts anzufangen wissen, machen sie daraus „nationalistisch-ökonomisch“ und stampeln die beiden Genossen Mehring und Stadthagen zu „Nationalisten“.

### Merciers Ende.

Paris, 8. Juli. (Fig. Ver.)

Der Dreyfusprozeß vor dem Kassationshofe hat dem Nationalismus den Todesstoß gegeben. Die militaristische Clique ist so unheilbar kompromittiert, daß selbst ihre hartnäckigsten Anhänger es für gut befinden, sich in letzter Stunde von ihr loszusagen. Dies hat z. B. die „Libre Parole“ des bekannten Antisemiten Drumont in einem aufsehenerregenden offenen Brief an den General Mercier getan. Der Verfasser, der bekannte Nationalist Gaston Méry, fordert den General auf, doch endlich zu sprechen und die immer angekündigten „Beweise für die Schuld des Dreyfus“ vorzulegen! Am 2. Dezember 1903, bei einem Bankett der „Patrie Française“ habe der General sich verbindlich gemacht, zu sprechen, „wenn es an der Zeit sei“. „Was ist nun damit, mein General? Ich möchte nicht den schuldigen Respekt verlieren, noch auch die Meinung hervorbringen, als wolle ich einen Verdacht gegen Sie aussprechen. Aber ich kann es Ihnen nicht verhehlen, daß man schon auf allen Seiten vermutet, daß Sie schweigen, weil Sie nichts zu sagen haben. Man vergleicht Sie mit der Frau Humbert und beginnt zu glauben, daß Ihre Briefe eben so wenig existieren wie Frau Humberts Willkuren.“ Der Brief schließt: „Herbé hat mit seinen Theorien gewiß viel Schlimmes angedacht, aber sicher nicht so viel, wie Sie mit Ihrem Wortbruch anrichten würden.“

General Mercier hat auf diese Anzapfung doch nicht schweigen können. Er hat daher in einem offenen Briefe an den Präsidenten des Kassationshofes eine Rechtfertigung versucht, die aber einen geradezu lässlichen Eindruck macht. Der General beklagt sich hauptsächlich über die — unbillige Tonart des Generalprokurators und behauptet, daß dieser die Zeugenaussagen partiell abgewogen habe. In mehreren Einzelheiten bestritt er die Ausführungen des Staatsanwalts und fügt hinzu: „Ich breche mein Schweigen nur darum, weil ich an jene denke, die — sei es als Richter, sei es als Zeugen — mit ihren ehelichen Händen einen Stein zu dem nunmehr unzertrennbaren Gebäude von der Schuld eines vaterlandsverräterischen Offiziers herbeigetragen haben.“

Man sieht den Unterschied zwischen der Auffassung Mérys und der Merciers. Der General leugnet alle Verpflichtung, zu sprechen. Anstatt den geforderten Beweis für die Schuld des Dreyfus zu erbringen, erklärt er, dieser Beweis sei schon unzertrennbar vorhanden! Bequemere kann man sich das Amt eines Anklägers wirklich nicht machen.

Man braucht aber nicht zu glauben, daß die Brandmarke Merciers in der Kassationsverhandlung und sein jämmerliches Stummeln auf Mérys Aufforderung hin den fanatischen Anhang des Generalstabs zum Nachdenken und zum Bekenntnis des von den betroffenen Betrügnern gefälschten Tertums bringen wird. Schon hat Méry angedeutet, wie man das Schweigen Merciers erklären könnte: — durch eine Bestechung des Generals mit jüdischem Geld! In diesem Falle aber werden die übriggebliebenen Betreuer des Generals den Angriff der „Libre Parole“ sicher auf ganz gleiche Weise deuten. Die kürzlich erschienenen anmutigen Memoiren des Herrn Guérin, des Helden vom einst so berühmten „Fort Chabrol“, werden jenen dabei gute Dienste leisten. Sicher sind die sittlichen Entrüstungen des orléanistischen Klopffeders Guérin nur mit großer Vorsicht zu genießen, aber jedenfalls ist ihm der Beweis gelungen, daß Eduard Drumont, der Eigentümer des antisemitischen Blattes, bei jüdischen Kapitalisten Anteilsscheine abgesetzt und Schwelgeregelde genommen hat!

Vermutlich wird die erhebende moralische Liquidation des Nationalismus noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Daß die nationalistiche Partei aber ausgespielt hat, daran kann kein Zweifel bestehen. Wohlgerne: die Partei in ihrer hierikal-antirepublikanischen Färbung. Der Nationalismus als politische Stimmung wird weiterleben, weil er den Bedürfnissen und den geistigen Zuständen des großstädtischen Kleinbürgertums entspricht. Sein Wesen wird sich nicht verändern, auch wenn ihn die Fahne des bürgerlichen Radikalismus decken wird.

## Deutsches Reich.

### Die Wüstenbahn.

Wir teilten gestern bereits mit, daß das „Berl. Tageblatt“ den von ihm abgedruckten beschuldigenden Brief des Bezirksrichters in Keetmanshoop, doch so bald als möglich die Bahn Rubub-Keetmanshoop zu bewilligen (die erste Strecke der Wüstenbahn, Lüderichdacht-Rubub, ist seinerzeit bereits bewilligt worden), durch die tröstliche Versicherung beantwortet hat, daß die Bahn ja doch nicht endgültig abgelehnt sei, sondern jedenfalls „alsbald nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages“ doch noch bewilligt werden dürfte.

Diese charakteristische Ankündigung des bevorstehenden freistündigen Unfalls wird um so schamloser, wenn man den verbenden Brief des Herrn Bezirksrichters selbst kennt.

Von der entsetzlichen Trostlosigkeit des Subjektivs der südwestafrikanischen Sand- und Steinwüste entwirft nämlich Herr Bezirksrichter Dr. Forkel selbst folgende einladende Schilderung:

„Das Sand selbst produziert gegenwärtig, abgesehen von Fleisch, nichts, absolut nichts. Alles, was der Mensch braucht, muß von der Küste bezogen und den Waiweg heraufgeschafft werden. Man stelle sich den Waiweg nun aber nicht als Straße vor; er ist nichts mehr und nichts weniger als eine Anzahl ausgefahrener Wagengleise, die meistens durch tiefen Sand, teilweise über große Steine hinweggehen und nur an wenigen Stellen, auf felsigem Boden, eine glatte Fläche bilden. Wasser und Weide gibt es nur an wenig Orten, und überall nur in beschränktem Maße; bei dem jetzigen enormen Verkehr mangelt es an Wasser sowohl wie an Weide so sehr, daß oft ganze Gespanne krepieren; das erste Wasser von Rubub nach Keetmanshoop zu ist 67 Kilometer von Rubub (!) entfernt. Man stelle sich doch einen Möbelwagen vor, der mit 6000 Pfund beladen ist und 67 Kilometer durch tiefen Sand fahren soll, um aus Wasser zu kommen, und der in ähnlicher Weise dann noch beinahe 200 Kilometer fahren soll, ohne Futter für die Tiere. Dann kann man sich denken, daß hier in Keetmanshoop jetzt ein Zentner Kartoffeln 1200 Mark und eine Flasche Bier 5 Mark kosten. Die Preise sind jetzt so hoch, weil nicht nur Wassermangel herrscht, sondern das dürre, vereinzelt dastehende Gras auf mehrere Stunden von beiden Seiten des Waiweges entfernt abgegriffen ist; von den Läden, von denen meist 24 Stück vor einem mit 6000 Pfund beladenen Wagen gespannt werden, krepieren denn auch sehr oft mehr als die Hälfte, und jeder Lade kostet 450 Mark.“

Man sollte meinen, nur ein Irrenstücker könne zur Erschließung eines solchen Landes einen kostspieligen Bahnbau bewilligen, nur ein Unzurechnungsfähiger könne um eine solche Wüste überhaupt Krieg führen! Aber der Freisinn donnert im Lande nur demagogisch gegen die „wider sinnige“ Kolonialpolitik, um dann im Reichstag diesen Wüsten durch Bewilligung aberwichtigster Forderungen nach Kräften zu unterstützen! —

### Englischer und deutscher Liberalismus.

Angesehene englische Liberalen über das englische Oberhaus: Unterstaatssekretär Churchill spricht über die Haltung des Oberhauses mit Bezug auf das Schulgesetz und betonte die Notwendigkeit, daß die Liberalen mit Mäßigkeit auf die Möglichkeit eines Konfliktes mit dem Oberhaus der Regierung ihr Vertrauen bewahren müßten. Das Oberhaus bezeichnete der Redner als eine ungesunde Versammlung ohne Verantwortlichkeitsgefühl, die aufgehört habe, ihre normale Tätigkeit im Staat auszuüben, und die ein Parteinstrument einer Sonderpartei geworden sei. — Der Präsident des Handelsamtes Lloyd George sprach in einer Rede, die er in Shottles Widge (Grafschaft Durham) hielt, von der ausgeleiterten Parlamentarismaschine und erklärte, das Oberhaus müsse zum alten Eisen geworfen werden.

Rehuliche Urteile der preussischen Liberalen über das preussische Herrenhaus sucht man vergeblich, und doch ist das englische Oberhaus gegenüber dem preussischen Herrenhaus noch ein Muster von Radikalismus.

### Neue Forderungen des Kolonialwalschs.

Zu den Unruhen in Tzaku (Deutsch-Ostafrika) wird offiziell berichtet, daß genaue Nachrichten über die Aufstandsbeziehung hier noch nicht angelangt seien. Nach der ganzen Sachlage sei es indessen ausgeschlossen, daß die aufständische Bewegung über Tzaku und die beiden Nachbarländer in andere Gebiete übergreifen, oder die Niederwerfung des Aufstandes besondere Schwierigkeiten machen werde. Es werde sich aber sicher empfehlen, daß das Gouvernement diese Landstriche für den wandernden Viehhandel zeitweilig ganz sperrt. Die aufständische Bewegung weise aber auch wieder darauf hin, daß es für alle Fälle gut sei, die europäischen Ansiedlungen am Kilimandscharo und am Meru-berge durch staatliche Förderung rasch ersarken zu lassen. Die Tanga-Eisenbahn müsse aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen bis zum Meru-berge in den nächsten Jahren fortgeführt werden.

Im Anschluß daran wird amtlich noch gemeldet: Oberleutnant Abel ist, nachdem er den Manjara-See nördlich umgangen hatte, am 18. Juni in das aufständische Tzaku-Gebiet vorgestoßen. Er fand die bisherigen Meldungen bestätigt und wurde mehrfach angegriffen, wobei auf beiden Seiten Verluste zu verzeichnen waren. Am 24. Juni fand die Vereinigung mit den Detachements Napua und Kilimatinde statt. Die 5. Kompagnie sollte am 30. Juni eintreffen. Reichenstein meldet unter dem 29. Juni erfolgreiche Durchführung der Operationen. Diesseitig 7 tote, 16 verwundete Kämpfer. Das Gouvernement schreibt den verhältnismäßig raschen Erfolg und die Lokalisierung des Aufstandes in Tzaku neben dem energischen Eingreifen Abels der sofortigen Konzentrierung ausreichender Truppen zu. Um den Erfolg zu sichern, verbleibt die fünfte Kompagnie in Tzaku. Alle anderen Streitkräfte liegen zur Zeit. Die fünfzehnte Kompagnie wurde nach nicht notwendiger Befriedigung von Progoro zur Ergänzung der nordwestlich von Usambara befindlichen Truppenteile dort stationiert werden.

Diese Nachrichten klingen trotz der vorsichtigen Form, die ihnen das auswärtige Amt gegeben hat, gar nicht günstig. Man hofft den Aufstand lokalisieren zu können, aber nur dadurch, daß man den noch nicht aufständischen Bezirken den Viehhandel sperrt. Ob nicht die dadurch hervorgerufene Unzufriedenheit die Särgung ins Gegenteil fördert?!

Zugerdem aber werden neue Forderungen für treibhandmäßige Entwicklung der Kilimandscharo-Siedelungen und Fortführung der Tanga-Eisenbahn angekündigt!

Aber damit nicht genug! Unter der Ueberschrift „Pfennige sparen, Millionen verlieren“, geht die „Usambara-Post“ mit dem Reichstag ins Gericht, weil er die Verstärkung der Schutztruppe abgelehnt hat. Sie hält es zwar für unwahrscheinlich, daß der abflauende Aufstand noch einmal aufwacht, aber das Blatt rechnet unbedingt damit, daß alle sechs bis zehn Jahre ein Wessan der Kräfte nötig wird, die heranwachsende Jugend tritt eben periodisch in ihre Rechte, und dann werden wir uns des Ueberflusses an Brausekräften schnell und kurz zu entledigen haben. Dazu aber reichen 15 Kompagnien nicht aus. Pfennige werden gespart und Millionen werden verloren werden.“

Das sind ja ganz wunderbare An- und Ausichten! —

### Amnestie?

Verschiedene Blätter brachten kürzlich die Ankündigung, daß aus Anlaß der Entbindung der Kronprinzessin von einem neuen „Hohenzollernsprossen“, wie es im deutsch-nationalen Zeitungstil heißt, eine Amnestie in „größerem Umfang“ geplant sei. Seitdem sind mehrere Tage verfloßen, ohne daß diese Mitteilung bisher irgend welche Bestätigung gefunden hat. Darüber fühlen sich die patriotischen Blätter beunruhigt, fernermaßen sie schon bei der silbernen Hochzeit des kaiserlichen Paares einen Amnestieverlaß angekündigt hatten — ohne daß dieser folgte. Beschleidend klagt deshalb der von Scherl aufgekaufte „Samb. Correspondent“:

Seit Jahren geht kein nationaler oder dynastischer Festtag vorüber, und wir haben deren ja manche erlebt, ohne daß in den Zeitungen eine Amnestie von größerem oder kleinerem Umfang

angefündigt würde. Von anderer Seite wird dann das Bestehen einer solchen Absicht bestritten, die vermeintlich „offiziösen Dementis“ geben zu allerlei geritzten Erörterungen Anlass, der Heftigkeit kommt und geht tatsächlich ohne einen Strafmaßstab zu bringen; diese Auseinandersetzungen aber lassen vielfach recht unangenehme Empfindungen zurück. Die Geburt des neuen Hohenzollernprinzen, der, so Gott will, dereinst als Wilhelm IV. des neuen Deutschen Reiches fünfter Kaiser, Preußens erster König sein wird, gibt nun abermals zu solchen Gerüchten Anlass, und zwar diesmal eine Amnestie „weitesten Umfangs“ angekündigt. Es heißt dann weiter, eine solche Amnestie sei bereits für die silberne Hochzeit des kaiserlichen Paares in Aussicht genommen gewesen, jedoch mit Rücksicht auf das damals erwartete, jetzt eingetretene große Ereignis vertagt worden. So zurecht diese Meldung ausfällt, so möchten wir sie doch und zwar namentlich um dieser letzteren nicht eben sehr wahrscheinlichen Bemerkung willen, in dieselbe Kategorie verweisen, der alle bisherigen Gerüchte solcher Art angehört haben. Unmöglich ist es natürlich nicht, daß eine Amnestie diesmal wirklich kommt, und wir würden es — nicht gerade aus prinzipiellen Gründen, die unseres Erachtens viel mehr gegen als für Amnestien sprechen, — wohl aber mit Rücksicht auf die Stimmung weiter Volkstheile begrüßen, wenn eine Amnestie etwa zum Laustag erlassen würde. Weitesten Umfang wird sie aber schwerlich annehmen. —

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte am 5. Juli einen Artikel über den Massenstreik, in dem sie behauptete, Bebel habe auf dem Parteitag in Bremen sich gegen den Massenstreik erklärt. Diese Behauptung widerspricht den Tatsachen. Bebel hat es in Bremen gelegentlich seines Referats über den Internationalen Kongress in Amsterdam im Gegenteil befürwortet, daß die Frage des Massenstreiks auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werde, aber auch dabei befürwortet, die Frage zuvor in der Parteipresse und in den Zeitungen der Partei gründlich zu erörtern, was bekanntlich geschehen ist. Im weiteren erklärte Bebel, er werde dann auch wohl Gelegenheit finden, mit seinem Freunde Friedberg ein Mähnen zu rufen. Will die „Frankfurter Zeitung“ aus diesem letzteren Satz schließen, daß Bebel in Bremen Gegner des Massenstreiks gewesen sei, so zeigt sie damit nur, daß sie die Gegensätze, die zwischen der Auffassung Friedbergs und der Bebel's über die Bedeutung des Massenstreiks bestehen, nicht versteht. —

#### Politische Aushwinkeln.

Böllig aus dem Häuschen waren im Landtage für das Großherzogtum Sachsen-Weimar am vergangenen Montag die „Göttern“. Ein Ausschuß zur Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Großherzog verlangte zu diesem Zwecke einen Beitrag von 20 000 M. In den höchsten Tönen patriotischer Ergebenheit und unwandelbarer Treue wurde die Sache als eine unabweisbare Pflicht der Dankbarkeit hingestellt. Aus allen Kreisen der Bevölkerung sei dieser Wunsch laut geworden. Abg. Baudert nannte das Denkmalbauen eine Modesache. Dem früheren Großherzog Karl Friedrich habe man doch auch sein Denkmal gesetzt, obwohl er freiwillig auf einen beträchtlichen Teil seiner Domänenrente zugunsten des Landes verzichtet habe. Wer jetzt diese Modesache mitmachen wolle, der möge gefälligst in seinen eignen Beutel greifen. Die Sozialdemokratie lehne es überhaupt aus prinzipiellen Gründen ab, Mittel, die von der Allgemeinheit aufgebracht sind, für solche Zwecke zu bewilligen.

Ein Minister wünschte, daß die Rede im Lande höher gehängt werde. Baudert erwiderte darauf, das werde er schon selbst besorgen. Darauf lautlose Stille. — Nun erfolgte die Abstimmung. Mit übermächtig lauter Stimme rief der Präsident: Gegen die zwei Stimmen der Sozialdemokraten ist der Antrag angenommen. — Als beim nächsten Punkte der Abg. Baudert dem Präsidenten vorhielt, daß er in ganz unmotivierter Weise das Resultat der betreffenden Abstimmung verkündet habe und dies seine Anregung beweise, meinte der Herr Präsident, er habe dies nur laut vor dem Lande getan, um zu beweisen, daß sich die Sozialdemokratie außerhalb vaterländischer Gefinnung gestellt habe.

„Sie haben ja gebrüllt!“ rief ihm darauf der Abg. Baudert zu. — Es geht doch nichts über die Kleinräumerei in den Duodezländern. Wegen 85 M. werden langjährige Verhandlungen von wirtschaftlich großer Bedeutung abgebrochen, und hier wird es beinahe als Hochverrat betrachtet, wenn aus vollkommen berechtigten Gründen Abgeordnete gegen eine mindestens überflüssige Forderung von 20 000 M. stimmen. —

#### Freisinnig-ultramontane Wahlkompromisse.

Das „Verl. Tagebl.“ bestritt in einer Notiz, daß zwischen den beiden von uns charakterisierten Leitartikeln seiner Sonnabends- und Montagnummer ein scharfer Gegensatz besteht. Es behauptet, diesen Gegensatz nicht finden zu können, was jedoch selbstverständlich nicht beweist, daß ein solcher Gegensatz nicht vorhanden ist, sondern nur, daß es um die Fingirtheit des „V. T.“ schlecht bestellt ist.

Dann sucht das Blatt nach allem abgemessenen Rezept den Spieß umzulegen, indem es schreibt:

„Weßhalb ereifert sich übrigens der „Vorwärts“ so über unsere Empfehlung der Unterstützung des Zentrumskandidaten in Altona-Neuloh? Hat er ganz vergessen, daß die Sozialdemokratie es war, die in Bayern mit dem Zentrum ein allgemeines Wahlbündnis gegen den Liberalismus abschloß? Wie kann uns der „Vorwärts“ der Liberalität zeihen, wo wir doch nur in einem eigenartig liegenden Nostalgie das tun, was seine angeblich allein den Liberalismus hochhaltende Partei ohne viele Strupel in Bayern bei allen Wahlen tat? Wie werden nach wie vor gegen das Zentrum im Wahlkampf und auch sonst in vorderster Reihe stehen. Das schließt aber keineswegs aus, daß wir in Einzelfällen, vornehmlich bei Stichwahlen, mit dem Zentrum so gut wie mit anderen Parteien zusammengehen werden, wenn wir dazu durch die Taktik der angeblich liberalen Genossen gedrängt werden! Das freilich ist den Genossen höchst unangenehm, und deshalb schreibt der „Vorwärts“ Peter und Paul, wenn man seinen Leuten einmal mit gleicher Münze heimzahlt.“

Unsere Antwort soll kurz sein: Erstens sehen wir nicht auf denselben Boden liberaler Weltanschauung, wie der Freisinn, und haben wir dessen kulturkämpferische Taten mitgemacht; zweitens aber handelte es sich in Bayern nicht um ein allgemeines Wahlkompromiß, sondern um ein Zusammengehen zu einem ganz bestimmten Zweck, und zwar zu einem liberalen Zweck, bei dem der Liberalismus der Liberalen schände versagte, während das bayerische Zentrum zu ihm eine liberale Stellung einnahm als Freisinnige und National-liberale. Nun begriffen? —

Zur Feuerbach-Ehrung! Die ganze Heuchelei des modernen Völgertums kommt wieder einmal in der sogenannten Ehrung zum Ausdruck, die jetzt der Nürnberg'sche Magistrat zugunsten des großen Philosophen plant, und über die der „Vorwärts“ berichtet. Als aber im Anfang der siebziger Jahre Feuerbach gegen Ende seines Lebens sich in der größten materiellen Not befand, rührte sich im bürgerlichen Lager kein Finger, um ihn vor dem Hungertode zu schützen. Damals war es die arme Sozialdemokratie, die zu Sammlungen zugunsten Feuerbach's anforderte, und diese Anfordderung der Nürnberger Genossen, in deren Nähe Feuerbach lebte und litt, war unterzeichnet von — Anton Kemminger, einem der jetzigen konservativen Führer der bayerischen Vatervereine. Der Aufsatz ist zu finden in der Nummer 100 des „Volksstaat“ vom Jahre 1871. —

Für ihre enormen Verdienste um das Schulverpflegungsgesetz erhielt der Kultusminister Dr. Studt den Schwarzen Adlerorden und der Ministerialdirektor Schwarzlopp den Kronenorden erster Klasse mit Stern und Brillanten. —

## Ausland.

### Schweiz.

Die Reaktionspest feiert in der Schweiz stets neue Triumphe. Kaum hat man vernommen, daß der Zürcherische Regierungsrat ein ganzes Regiment Infanterie gestellt hat, um die 4000 streikenden Maurer und Handlanger einzuschüchtern, da kommt schon wieder eine neue Kunde von reaktionärer Brutalität der Behörden, und zwar aus dem Kanton Waadt. Die Genossin Valabano ff aus Lugano hatte sich erlaubt, in einer Versammlung, die zugunsten der streikenden Italiener in Lausanne abgehalten wurde, die „demokratische“ und „republikanische“ Weise hervorzuheben, mit der die eingewanderten italienischen Arbeiter von der Regierung der Schweiz auf der einen, von der italienischen Monarchie auf der anderen Seite behandelt werden. Sie nagelte auch die Heuchelei derjenigen fest, die der italienischen „Nation“ das Verdienst des Wunders zuerkennen, das durch den Bau des Simplontunnels geschaffen wurde und die dem Könige (?) die Ehre zuschreiben, während doch die wirklichen Erbauer dieses Wunders, nämlich eben die Maurer und Handlanger, mit Verachtung und Noheit behandelt werden.

Soviel aus der Rede der Genossin Valabano ff. Sie wurde nach der Versammlung zwei Stunden lang auf allen Gängen von Polizisten begleitet und am folgenden Tage von einem Detektiv verhaftet. Von der waadtländischen Regierung wurde sie sodann aus dem Gebiete dieses Kantons als „Anarchistin“ ausgewiesen! —

Genossin Valabano ff schildert die Vorgänge bei ihrer Verhaftung selber, und da sagt sie u. a.:

„So sehr ich Gegnerin der Anarchisten bin, wenn es sich um theoretische und taktische Diskussionen dreht, bin ich ganz mit ihnen einig, wenn sie die Folgen ihrer Ideen leiden müssen. Und ich habe den Beamten gesagt: Ich bin Sozialistin, nicht Anarchistin, weil ich glaube, daß die sozialdemokratische Propaganda viel revolutionärer ist, als die anarchische.“ —

### Frankreich.

Paris, 10. Juli. Die Kammer hat das Gesetz betreffend die Verpflichtung zur Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages, das vom Senat bereits angenommen ist, endgültig angenommen. —

### Italien.

#### Gemeinde- und Provinzialwahlen.

Am vergangenen Sonntag sind wiederum Ergänzungswahlen zu den Gemeinde- und Provinzialverwaltungen vorgenommen worden. In Genua wurden neben 5 Republikanern und 3 Radikalen 4 Sozialisten gewählt. — Auch in Sampierdarena waren die Volksparteien (Republikaner, Radikale und Sozialisten) zusammengegangen und siegen mit circa 600 Stimmen Mehrheit über die Merkmal-Rodierierten. — In Imola errangen unsere Genossen einen glänzenden Sieg: ihre Listen gingen mit 830 beziehentlich 801 Stimmen Mehrheit durch. — Auch in Vasto Artificio erlangte die gemeinsame Liste der Radikalen und der Sozialisten die Mehrheit. —

### England.

#### Vorbereitung zum Blutvergießen.

London, 10. Juli. (V. S.) „Daily Mail“ berichtet, daß außer der Garnison von Gibraltar auch die von Malta Befehl erhalten hat, sich bereit zu halten, nach Ägypten abzugehen angesichts der dortigen panislamischen Agitation. Im Unterhause erklärte Runciman in Vertretung des Ministers des Neuheten Sir Edward Grey, daß England nicht die Absicht habe, die englische Garnison in Ägypten zu verringern. —

### Marokko.

#### Nach und nach —

Tanger, 9. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Wie von zuständiger Seite über die Mission des hiesigen italienischen Gesandten Raimusi, der dem Sultan das Ergebnis der Konferenz in Algieros zu überbringen hatte und jetzt hierher zurückgekehrt ist, berichtet wird, unterzeichnete der Sultan das Dokument, ohne eine Abänderung zu beantragen. Der Sultan vertritt vollkommen die Wichtigkeit der sofortigen Einführung der Reformen, wolle jedoch, da er den Widerstand, den sie finden werden, kenne, diese erst nach und nach einführen. Die Verhandlungen mit dem Sultan seien ohne Zwischenfall verlaufen. —

### Amerika.

#### Castro in Amnestie-Stimmung.

Willemstad, 9. Juli. (V. S.) Nach einer Meldung aus Caracas hat Präsident Castro bei der Wiederübernahme der Regierung sämtliche politischen Gefangenen in Freiheit setzen und den beschlagnahmten Besitz des Generals Ratos freigeben lassen. —

## Soziales.

#### Soldaten als Konkurrenten freier Arbeiter.

Kürzlich berichteten wir, wie die Landwirtschaftskammer für Westpreußen sich durch Petitionieren an die Regierung bemüht, Soldaten zu Erntearbeiten zu erhalten. Ob der kommandierende General des 17. Infanterieregiments, dem das Gesuch ebenfalls unterbreitet ist, diesem stattgegeben hat, ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Dagegen scheint in Ostpreußen die Verwendung von Truppen zu allhand landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeit etwas ganz Alltägliches zu sein. So wurde vor einiger Zeit in der „Königsberger Volks-Zeitung“ berichtet, daß ein Unternehmer Nachstein auf seinem Grundstück vor dem Hohgarter Tor in Königsberg fünf Soldaten mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigte. Als besonders interessant wurde hinzugefügt, daß der Schwiegerohn des Herrn Nachstein Bisfeldwedel bei der 9. Kompagnie eines Königsberger Regiments sei. Von diesem Truppenteile waren auch die betreffenden Soldaten.

Aber nicht nur zu landwirtschaftlichen, sondern auch zu gewerblichen Arbeiten werden dort die Soldaten verwandt. Der Königsberger Kriegereverein feierte kürzlich bei einem Restaurateur Winter im Tiergarten ein großes Fest. Da zu derartigen Festen in der Regel eine Menge Bedienungspersonal gebraucht wird, so freute sich schon vorher eine Anzahl Kellner auf einen guten Verdienst. Allein, ihre Freude wurde zu Wasser. Am Festtage trat eine erhebliche Anzahl Soldaten von der ersten, zweiten und dritten Kompagnie des 43. Infanterieregiments an, um die Bedienung der Gäste zu besorgen. — In Remel scheinen nach einem Bericht, welcher der „Ostpreussischen Zeitung“ von dort zugegangen war, die Soldaten ganz regelmäßig alle in dieser Stadt notwendigen Bedienungsarbeiten verrichtet zu haben. In dem Bericht wird nämlich der Militärbehörde die Anerkennung zuteil, daß sie den „Notstand“, der in Remel bezüglich des Bedienungspersonals angeblich bestehen soll, „gemildert und teilweise ganz behoben“ habe, indem sie den freiwillig sich meldenden Militärpersonen die Uebernahme von Kellnerdiensten gestatte. Nach neueren Bestimmungen sollen die Militärpersonen „leider“ — wie sich der Berichtsteller ausdrückt — nur noch für geschlossene Gesellschaften in Sälen beurlaubt werden.

Ähnliche Nachrichten kommen auch aus anderen Teilen des Reiches. In Buchach (Großherzogtum Hessen) hatte man neulich ein großes Trachtenfest veranstaltet. Auch bei dieser Gelegenheit wurden, obwohl in Darmstadt, Frankfurt und Gießen hunderte von Kellnern zu haben sind, Soldaten zur Bedienung verwandt. Die Gastwirte sparen auf diese Weise die höheren Löhne, die bei solchen Gelegenheiten selbst die Kellner fordern, und die Fahrgelder. Die Ortsverwaltung Frankfurt des Verbandes deutscher Gastwirtegehülften hatte den dortigen Gastwirten Personal zu dieser Festlichkeit angeboten, sie war aber wegen der

geforderten „hohen Löhne“ von diesen abgelehnt worden. Wegen der Beschäftigung der Soldaten beschwerte sich der Verband bei der Militärbehörde und erhielt vom kommandierenden General der Großh. Hess. 23. Division, Freiherrn von Gall, ein Schreiben, in welchem es heißt, daß die betreffenden Mannschaften lediglich infolge einer plötzlich eingetretenen Notlage Urlaub zur Verrichtung von Kellnerdiensten erhalten hätten. Im übrigen aber sei das betreffende Bataillon über die Unzulässigkeit dieses Verfahrens belehrt worden.

Demnach scheint man auch in militärischen Kreisen ein Gefühl für die Ungerechtigkeit, Unbilligkeit und Geschwändigkeit zu haben, die darin liegt, Soldaten, die vollständig willenlos dem Kommando folgen müssen, zu Lohnbrüdern freier Arbeiter herabzuwürdigen. Ein solches Verfahren steht in direktem Widerspruch mit den Vorkämpfungen hoher Militärs über die Notwendigkeit einer längeren Ausbildung der Truppen. Von den militärischen Sachverständigen wurde bekanntlich die jährliche Dienstzeit stets mit der Behauptung bekämpft, der Soldat könne in dieser Zeit nicht genügend ausgebildet werden. Nach den von uns wiederholt gebrachten Mitteilungen über Beschäftigung von Soldaten zu landwirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken haben die Söhne des Mars sehr viel überflüssige Zeit. Die Dienstzeit könnte also ohne Schaden für die Ausbildung eine Verkürzung auf ein Jahr recht wohl vertragen. Jedenfalls wird es hohe Zeit, daß der Verwendung von Soldaten als Konkurrenten in landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieben schleunigst ein Ziel gesetzt wird. Nur der ausgebildete Verteidiger der bestehenden Anarchistenordnung kann es als entschuldigend erachten, daß die durch schwere Arbeit der Bürger ernährten Offiziere Soldaten zu solchen Beschäftigungen kommandieren oder beurlauben. Der allgemeinen Wehrpflicht entspricht die Unterhaltung der Soldaten aus Reichsmitteln und widerspricht die Verwendung von Soldaten zu anderen als militärischen Zwecken. Gehört zu den Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung die allgemeine Wehrpflicht und die Heeresinstitution zwecks Verteidigung des Landes gegen etwaige Angriffe Deutschlands von außen, so untergeben diejenigen, die auf Zulassung von Soldaten zur Verrichtung gewerblicher oder landwirtschaftlicher Arbeiten drängen, die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung. Steht man freilich auf dem verkehrten Standpunkt der Soldat- und Straubarone, daß das Militär zu dem Zweck vorhanden ist, die Arbeiter in dauernder Ansdiensthaft zu halten, so ist der Mißbrauch der Verwendung von Soldaten erklärlich und dringend erforderlich, zu diesem Mißbrauch verwendete Soldaten über das Selbstmörderische und Niedrige ihrer außer militärischen Arbeit aufzuklären und sie wie andere noch im Heerbanne der „Herren“ laufende Arbeiter zur Mitarbeit in dem Kampf gegen das Herrtentum anzuregen, für dessen Erhaltung heute so eifrig Militär und Kulte tätig sind.

Für die Fortbildungspflicht ist der Beschäftigungsort ausschlaggebend, wenn der Wohnort ein anderer ist.

So hat das Kammergericht abermals vorgestanden entschieden. Es hob die Verurteilung eines Lehrlings Steyer auf, der vom Landgericht Ratibor wegen Verübung des Fortbildungsunterrichts in seinem Wohnort Litow verurteilt worden war. Der Strafsenat meint, daß die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, die in einem anderen Orte beschäftigt seien, als wo sie wohnen, nicht durch Ortsstatut zum Besuch der Fortbildungsschule in dem Wohnort verpflichtet werden könnten. Die Sache des Angeklagten Steyer wurde an das Landgericht zurückverwiesen, damit es feststelle, ob die schon in den früheren Instanzen vom Angeklagten aufgestellte Behauptung, er sei nicht in seinem Wohnort, sondern in benachbarten Ratibor beschäftigt, zutreffend und dies bei der Urteilsfindung berücksichtige. Wäre er wirklich in Ratibor beschäftigt gewesen, dann hätte er nicht in Litow (dem Wohnort) zum Besuch des Fortbildungsunterrichts verpflichtet werden können und müßte freigesprochen werden.

#### Zum Bureaokratisieren von Landesversicherungsanstalten.

Verschiedene Landesversicherungsanstalten und insbesondere die ihnen unterstellten, durch die Beiträge der Arbeiter errichteten Heilanstalten, werden von Jahr zu Jahr bürokratischer und antisozialer geleitet, weil leider vielfach die Arbeiter, die den Versicherungsanstalten angehören, durch eine Geschäftsordnung, die den befehlenden Beamten der Versicherungsanstalt große Machtvollkommenheiten gewährt, vielfach in ihrer Tätigkeit gehemmt sind. Von den vielen Klagen, die nach dieser Richtung über Versicherungsanstalten laut werden, heben wir heute eine in der obdenburgischen Presse gegen die Leitung der dortigen Landesversicherungsanstalt erhobene hervor. Danach hat diese einen Kranken, der auf Anraten des Arztes zum zweiten Male die Lungenheilstätte aufsuchen wollte und einen Antrag bei der Versicherungsanstalt stellte, abgewiesen, weil er sich bei der ersten Behandlung nicht der Anstaltsordnung gefügt habe. Die Unbotmäßigkeit sollte darin bestanden haben, daß er entgegen der Hausordnung eine Wirtschaft betreten hatte. Als er die abermalige Aufnahme in die Anstalt beantragte, wurde ihm aufgegeben, erst den Nachweis zu erbringen, daß „Widerungsgründe“ für sein Verhalten vorlägen. Darauf gab er an, er habe ein Telegramm aufgeben wollen, und da Post und Wirtschaft in einem Gebäude sich befänden, habe er bei dieser Gelegenheit die Wirtschaft betreten und sei dort von dem Kontrolleur betroffen worden. Er fügte eine schriftliche Erklärung des Anstaltsarztes bei, worin dieser bestätigte, daß er ihm erlaubt habe, wegen eines ihm angebenden Prozesses ein Telegramm aufzugeben. Hiermit war die Versicherungsanstalt jedoch nicht zufrieden, sondern verlangte den „tatsächlichen Nachweis“, daß Widerungsgründe vorlägen. Der Kranke, dem sein Arzt dringend geraten hatte, schleunigst wieder die Heilanstalt aufzusuchen, da sein Leiden sich sonst verschlimmere, wurde jetzt ungeduldig; er schrieb, daß er „weitere“ Beweise nicht erbringen könne; wenn die vorgebrachten nicht genügen, müsse er die Angelegenheit dem Gesamtvorstand und Ausschuß unterbreiten. Darüber geriet der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt, Regierungsrat Dittmann, in großen Zorn; er antwortete:

„Nach den in Ihrem gestrigen Schreiben ausgeprochenen Drohungen kann unsoweniger angenommen werden, daß Sie den ersten Willen haben, bei einer erneuten Heilstättenkur Ihre seitens allen Anforderungen zu entsprechen. Ihr Antrag wird daher nunmehr endgültig abgelehnt.“

Gewiß muß in einer Anstaltsordnung herrschen. Aber die Verfassung einer Kur in solchem Falle geht denn doch weit über die Pflichten an Ordnung hinaus. Sie steht mit der Mitleid in Einklang, die die Errichtung von Heilanstalten nicht aus Rücksicht einer etwaigen Gefundung, der Verweigerung des Zustandes der Kranken, sondern aus der finanziellen Rücksicht wünscht, daß der Versicherungsanstalt die Zahlung einer Rente erspart wird. Trotz des sozialpolitischen Mitleids, mit dem diese Richtung sich zu drapieren liebt, ist ihr antisozialer Charakter unschwer zu erkennen. Sogar der Arbeiter im Vorstand und Ausschuß der Landesversicherungsanstalt ist eine rücksichtslose Belämpfung dieser Drangsalterung erkrankter Arbeiter.

## Aus Industrie und Handel.

Die Spiritus-Zentrale hat beschlossen, „nicht in die Propaganda für die Erneuerung des Syndikates einzutreten“, d. h. nach Ablauf der Kontraktdauer des Syndikat aufzulösen zu lassen. Tief bekümmert um die zukünftige Gewinnreduktion der Schnapsbrenner berichtet die „Deutsche Agrar-Korrespondenz“:

Es konnte nicht vermieden werden, daß die spekulative Rechnung derer sich als richtig erwies, die brauchen geliebten waren, um zwar den durch die Zentrale geschaffenen Vorteil der Preisbildung zu genießen, sich aber um die Teilnahme an den dafür nötigen Opfern herumzudrücken. „Mache Geld, mein Sohn, mache Geld! Wenn es sein kann — auf anständige Weise. Aber auf alle Fälle: mache Geld!“ Diesen guten Rat eines alten Bankiers hatte Herr v. Liebenmann-Seehem für sich selber und einige seiner politischen Kinder ins Besondere überhört. Mit

Erfolg. Er gründete die „Ostdeutsche Spiritfabrik“, die rund 70 000 Hektoliter Spirit produziert. Da die Opfer, die von der Zentrale für die Hebung des Verbrauches von technischem Spiritus zu bringen waren, zuzüglich der Verwaltungslofen auf 2-3 M. zu veranschlagen sind, so profitierte die Ostdeutsche Spiritfabrik auf Kosten der vom Korpsgeist gefesselten Gemeinschaften jedes Jahr rund 150-200 000 M. Man sieht: Herr v. Tiedemann „machte Geld“ — und machte es „auf alle Fälle“. Nun war der Herr kürzlich erneut vor die Entscheidung gestellt. Sein böses Beispiel hat die guten Sitten auch solcher verdorben, die zunächst, dem Rufe des Korpsgeistes folgend, in die Spirituszentrale eingetreten waren, jetzt aber, wo die Erneuerung des Mandatsvertrages bevorsteht, erklären: Was dem reichen Herrn v. Tiedemann recht ist, muß uns Armeren billig sein. Und sind tausend Mark schon, was jenem erst hunderttausend sind. Entweder — oder! Entweder der Herr v. Tiedemann und seine Genossen werden gezwungen, auf ihren unbilligen Sonderverteil zu verzichten, oder wir handeln ebenso! Zwar ist's nicht sittliche Logik, die so sprechen kann. Aber die Tatsache war da, mit ihr mußte die Leitung der Spirituszentrale rechnen.

Arme „sittliche Logik“ der Schnapsversteuerung! —

#### Der Ankauf des italienischen Südbahnhafens durch den Staat.

Mit großer Hast und fast ohne Diskussion hat die italienische Kammer gestern den Ankauf des Südbahnhafens und die Liquidation mit der ehemaligen Südbahngesellschaft beschlossen. Es handelt sich dabei um ein Geschäftchen von beiläufig 2 Milliarden: Der Staat kauft der Südbahngesellschaft für die Dauer von sechzig Jahren einen jährlichen Kanon von 30 Millionen, wodurch er in den Besitz des Bahnhafens tritt. Ueber diesen Kauf und über die Liquidation, die man ohne Not mit ihm vermengt hat, haben viele Sachleute sowie viele Interessenten geschrieben, mit großer Leidenschaft das Gesetz befürwortend oder bekämpfend. Ohne auf Einzelheiten einzugehen kann man sagen, daß der Staat sich wieder einmal ganz furchtbar über's Ohr hauen läßt. Vielleicht geht der Abgeordnete Saporito zu weit, wenn er einen jährlichen Verlust des Staates in der Höhe von 12 Millionen herausrechnet — immerhin aber wären die Südbahnaktionäre wohl noch recht glimpflich davongelommen, wenn sie sich noch gegen 100 Millionen hätten abhandeln lassen.

Der Ankauf ist unter Bedingungen erfolgt, die noch vom vorigen Kabinett, von Sonnino und Carmine, aufgestellt worden waren. Die neue Kommission hatte freilich vorgeschlagen, den Jahreskanon um 1 1/2 Millionen herabzusetzen, was für die Dauer von 60 Jahren die ansehnliche Ersparnis von 90 Millionen ausgemacht hätte, aber die Südbahngesellschaft hat als ihr letztes Zugeständnis 1/2 Million jährlich abziehen lassen.

Wie gesagt, die technische Diskussion über die Frage ist lang und gründlich gewesen — sie hatte aber im Grunde nur einen akademischen Wert. Denn es war vielleicht interessant, aber doch praktisch belanglos, zu wissen, was zwischen den beiden Unterhandlern recht und billig gewesen wäre. In Wirklichkeit drehte es sich ja darum, was der eine dem anderen abzurufen vermochte. In diesem Ringkampf war nun der Staat der Schwächere, wahrscheinlich weil seine Vertreter sehr viel weniger Eifer an den Tag legten als die des Privatkapitals. Im Vergleich zu der Südbahngesellschaft hat sich der Geschäftsmann „Staat“ als Weisheitslamm gezeigt.

Wenn sich trotz dieser verdächtigen Geschäftsmäßigkeit keine Stimme energisch gegen den Ankauf erhob, — nicht einmal die der Sozialisten, so erklärt sich das daraus, daß dieser Ankauf für das italienische Eisenbahnwesen dringend nötig war. Der Staatsbetrieb war an allen Ecken und Enden gehemmt durch die im Privatbesitz befindlichen Strecken, auf denen er nur den Betrieb ausüben konnte mit allen möglichen Klauseln und Umständlichkeiten. Die geplante Tarifermäßigung konnte z. B. durch die Südbahngesellschaft verhindert werden. So war der Ankauf ein saurer Apfel, in den man wohl oder übel beißen mußte: Die Unzulänglichkeit und Vetterwirtschaft früherer Regierungen hatte den Baum gepflanzt, der so herbe Früchte trug. An organisierten Kräften, die sich der Begünstigung des Großkapitals durch die Regierung wirksam entgegenstellen könnten, fehlt es eben zurzeit in Italien noch. So hat sogar in diesen Monaten die sozialistische Presse nichts anderes vermocht, als den Ankauf zu fordern. Niemand war da, der die Regierung zwingen konnte, den Kapitalisten der Südbahn die Straßen zu beschneiden.

Nimmt man diese Ohnmacht als Ursache hin, so muß man sagen, daß es immerhin besser ist, der allgeduldige Steuerzahler bringt ein paar Millionen mehr auf, als daß er durch unerträgliche Verkehrsverhältnisse in seinem Erwerbdeleben gehemmt und gelähmt wird.

## Gewerkchaftliches.

### Zusammenbruch im Buchdruckgewerbe.

Ein Einigungswerk ist am Sonntag in Straßburg zustande gekommen, welches von fast allen Gewerkschaften seit langer Zeit herbeigewünscht wurde — der Anschluß des Verbandes der elsass-lothringischen Buchdrucker an den Deutschen Buchdruckerverband. Gleichwie im deutschen Verband läuft auch im elsass-lothringischen Verband dieses Jahr der Tarif ab und die Buchdrucker beschäftigen, in eine Tarifbewegung einzutreten. Eine Delegiertenkonferenz des Verbandes der elsass-lothringischen Buchdrucker, die gestern tagte, beschloß, die diesjährige Tarifbewegung selbständig und auf Grundlage des elsass-lothringischen Tarifes mit aller Energie durchzuführen. Seit dieser Zeit hat sich aber die Situation wesentlich verändert. Die elsass-lothringischen Prinzipale haben sich beiläufig dem Deutschen Buchdruckerverein (Prinzipalverein) angeschlossen und erklärten nun, nur in Tarifverhandlungen einzutreten auf der Grundlage der deutschen Tarifgemeinschaft. Der Vorstand des Deutschen Buchdruckerverbandes machte den Vorstand des elsass-lothringischen Verbandes auf die Nachteile und auf die Folgen aufmerksam, die ein selbständiges Vorgehen der reichsdeutschen Buchdrucker unter diesen Umständen nach sich ziehen müßte. Und dies veranlaßte den letzteren Vorstand, die ganze Angelegenheit nochmals einer Delegiertenversammlung zu unterbreiten. Diese Versammlung fand am Sonntag, den 8. Juli, in Straßburg statt.

Eine stündige Debatte wurde der Sache gewidmet und alle Redner waren darüber einig, daß unter den herrschenden Verhältnissen der Anschluß an den deutschen Verband und damit an die Tarifgemeinschaft unvermeidlich sei. Nur einige wenige der früheren Anschlußgegner machten den Anschluß von einigen Bedingungen abhängig. So wünschten sie vor Abschluß des neuen Tarifes mit den Prinzipalen in Unterhandlungen zu treten wegen Zahlung einer Teuerungszulage von 2 M., Aufrechterhaltung der jetzt bestehenden Lokalzuschläge, und verlangten über den Anschluß eine Urabstimmung. Diese Bedingungen wurden von den entgegengesetzten Anschlußfeinden lebhaft bekämpft und auch der anwesende Vorsitzende des deutschen Verbandes, Döblin, wies auf das Unhaltbare der Bedingungen hin. Er bemerkte weiter, daß die Bestimmungen, daß durch Einführung der Tarifgemeinschaft die elsass-lothringischen Buchdrucker benachteiligt würden, grundlos seien und erklärte, daß die höheren Lokalzuschläge in den Reichslanden begründet seien in den wirtschaftlichen Verhältnissen und daß bei den Tarifverhandlungen wohl kein alldeutscher Gehilfenvertreter für Befreiung der höheren Lokalzuschläge sein werde. Er wies ferner den Einwand zurück, daß der deutsche Verband in der Hauptsache aus finanziellen Interessen für den Anschluß eintrete und betonte unter dem Beifall des größten Teiles der Versammelten, daß es das Interesse sei, die deutschen Kollegen zur Wahrung ihrer Inter-

essen unter einen Hut zu vereinigen, was den deutschen Verband bei dem Anschluß leide. Schließlich wurde folgender Antrag der Bezirksvereine Straßburg und Reß mit 27 gegen 12 Stimmen angenommen:

„Der Verbandsvorstand wird beauftragt, mit dem Vorstande des Verbandes der deutschen Buchdrucker sofort in Verhandlungen zu treten zwecks Anschlusses an letzteren Verband. Die außerordentliche Delegiertenversammlung am 8. Juli 1906 gibt dem Verbandsvorstand die weitestgehenden Vollmachten zum baldigen Abschluß dieser Angelegenheit.“

Hierauf wählte die Versammlung zwei Kandidaten als Vertreter bei den Tarifverhandlungen, die den Mitgliedern zur Urabstimmung vorgelegt werden.

Somit ist der Anschluß perfekt. Was noch zu erledigen ist, ist nur mehr Formsache. Mit diesem Beschluß der elsass-lothringischen Buchdrucker sind die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Buchdrucker in Deutschland geeinigt. Schon in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts bestand bei den damals bestehenden Ortsorganisationen das Bestreben, sich dem deutschen Verbande anzuschließen. Dies wurde jedoch von der Regierung als geschwädig nicht gestattet. Der Diktaturparagraph spulte noch in den Reichslanden. Dagegen gelang es im Jahre 1882, die Ortsvereine zu vereinigen und es entstand der Verband der elsass-lothringischen Buchdrucker, der in der modernen Arbeiterbewegung stets einen guten Ruf hatte.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Aussperrung der Buchbinder.

Bürgerliche Blätter wußten kürzlich zu berichten, daß der Vorstand des Buchbindervereins beschlossen habe, mit dem Buchbinderverband zwecks Beendigung der Aussperrung zu verhandeln. An sich klingt ja diese Mitteilung durchaus nicht unwahrscheinlich. Man kann sich wohl denken, daß die Unternehmer nach den schweren Schädigungen, die ihnen der langwierige Kampf schon gebracht hat, endlich ihren närrischen Plan, den Buchbinderverband zu vernichten, aufzugeben haben und nun zu der Einsicht gekommen sind, daß es doch klüger ist, mit dem Verband Frieden zu schließen. Jedoch ist, wie wir durch Erkundigungen bei den maßgebenden Stellen erfahren haben, bis jetzt weder dem Hauptvorstand noch dem Vorstand der hiesigen Zahlstelle des Buchbinderverbandes offiziell irgend etwas von einem solchen Beschluß der Buchbindervereinsmitglieder bekannt geworden.

Ist wirklich ein derartiger Beschluß von den Unternehmern gefaßt worden, so haben sie es offenbar mit dessen Ausführung nicht sehr eilig. Nun, die Aussperrten können auch noch eine geraume Zeit warten und drängen durchaus nicht darauf, wieder in die Werkstätten zu kommen, um dem heillosen Wirrwarr ein Ende zu machen, der durch die Arbeit der Streikbrecher hervorgerufen ist. Sehr verlockend sollen ja die Zustände, die jetzt in den Werkstätten herrschen, nicht sein. Ein paar Abtrünnige, die kürzlich den Versuch machten, in einigen großen Werkstätten zu arbeiten, sind gleich darauf wieder als reuige Sünder zurückgekehrt zu den Aussperrten, in deren Reihen sie nun wieder als ehrliche Kollegen aufgenommen werden möchten. Es ist ihnen über mitspielt worden von den alten Streikbrechern, die mit teuflischem Behagen die Reulinge als die richtigen Streikbrecher verulkten. Die lieblichen Umgestaltungen jener Reulingsorte, ihr „ins Gesicht spucken“, ihr „in die Presse schlagen“ und wie die ziemlich unfreundlichen Redensarten, die man ihnen bot, sonst lauteten, konnten sie nicht ertragen. So zogen sie es denn vor, lieber ein wenig Entbehrung zu tragen, als unter solchen Menschenfäden zu verweilen.

Wie es scheint, geben sich die großen Firmen der Hoffnung hin, ihre während der Aussperrung verlorene Kundenschaft später mit Leichtigkeit wiedergewinnen zu können. So soll sich kürzlich ein bekannter Aussperrungsunternehmer geäußert haben: „Wenn einmal die Aussperrung vorüber ist, reißt wir die Kunden durch billigere Preise doch wieder an uns. Die Kleinen können ja doch nicht mit uns konkurrieren.“ — Vielleicht aber täuscht sich dieser Unternehmer trotz seiner großen Zuversicht ganz gewaltig. Denn einige der kleinen Buchbindermeister, die es vorgezogen haben, mit ihrem Personal in Frieden zu leben, sind gerade durch die Aussperrung in den Stand gesetzt worden, ihre Geschäfte konkurrenzfähiger zu gestalten. Im übrigen zeigt jene Aeußerung, wie leicht es wäre, wenn die kleinen Buchbindermeister ihre großen „Kollegen“, die jederzeit bereit sind, ihnen durch Schmalkonkurrenz die Existenz unmöglich zu machen, in ihrem zwecklosen Kampf gegen den Buchbinderverband unterstützen würden.

Wir werden ersucht, mitzuteilen, daß die Sammelliste Nr. 647 verloren gegangen ist. Wer sie findet, möge sie im Bureau der Zahlstelle des Buchbinderverbandes, Engelsufer 15 II, abliefern.

Zur Aussperrung der Glaser ist zu melden, daß bereits auf mehreren Bauten die Bauhandwerker zugunsten der Glaser die Arbeit niederlegen, um zu verhindern, daß nicht ausgesperrte Unorganisierte den Aussperrten in den Rücken fallen. Unter anderem haben in Steglitz, Rommsenstr. 55/56, auf einem Neubau, den die Firma Fielke verglast, sämtliche Töpfer, Möbelleger, Stuckateure, Anschläger und Klempner auf solche Art den Gläsern die Solidarität bewiesen. Den Unternehmern scheint das Feuer unter den Rägeln zu brennen; sie schreiben um Arbeitskräfte an Kleinmeister, resp. ersuchen diese, die Arbeiter ihnen fertigzustellen; sie geben in ihrem Schreiben ganz offen zu, daß sie sich in Verlegenheit befinden. Solche Briefe sind der Streikleitung zur Verfügung gestellt. — Bauhandwerker, achtet auf die roten Arbeitsberechtigungskarten!

### Achtung, Arbeiter!

Wegen Tarifbruch sind gesperrt: Domauer 49 und 50, Weichselstraße 15, Rixdorf, Unternehmer Bleg, Rixdorf, Bergstr. 24, Neue Jonaststr. 33, Rixdorf, Unternehmer Grund, Schöneberg, Siegfriedstraße 5, Die Achtzehner-Kommission.

Zur Lohnbewegung der Freiseurgehülften ist zu berichten, daß in Ropenia von den 25 Freiseuren bisher 11 die Forderungen unterschrieben anerkannt haben, wovon bei acht Gehülften beschäftigt werden. In Ober-Schöneweide sind die Forderungen ebenfalls unterbreitet. In Berlin ist der Bestand ziemlich unbedeutend. Die Arbeitgeber versuchen durch allerhand unlautere Manipulationen die Gehülften in Mißfreud zu bringen, und das alles, weil diese sich von dem elenden Logiswesen befreien wollen. Um von diesem entwürdigenden System frei zu werden, ist es notwendig, daß die politisch sowie gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft die Bewegung unterstützt. Arbeiter, Parteigenossen, beachtet das Inserat im heutigen „Vorwärts“.

### Deutsches Reich.

#### Freie in der Lausitzer Luchindustrie?

Wolffs Telegraphenbureau meldet: Zwischen dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes der Lausitzer Luchindustrie und einer Kommission der im Auslande befindlichen Sommerfelder Arbeitervereine hat gestern eine Verhandlung stattgefunden, in der eine vollständige Uebereinstimmung beider Parteien erzielt worden ist. Die Arbeiterkommission erklärte einstimmig, dafür einzutreten zu wollen, daß die Arbeit am 12. Juli zu den gestern vereinbarten Bedingungen wieder aufgenommen wird.

Die Holzarbeiter Erfurts befinden sich im Auslande, weil die Arbeitgeber ihnen einen langjährigen Vertrag zu ungünstigen Bedingungen aufdrängen wollen.

Die Revision des Buchdruckerarbeits in dem Sinne, daß dabei etwas für die Gehülften herauspringt, stößt auch bei dem Thüringer Zeitungsverlegerverein auf Widerstand. Seine Stellungnahme ist in einer Resolution niedergelegt, die folgende lautet: „Der Thüringer Zeitungsverlegerverein erklärt gegenüber der Bewegung der Gehülftenschaft auf Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit, daß er nicht einverstanden ist, Forderungen in dieser Hinsicht zu bewilligen; denn die vorhandenen Verhältnisse erlauben keine weitere Belastung.“ So ungefähr hat sich der Verein auch vor 5 Jahren zur Tariffrage gestellt und er wird sich vermutlich auch diesmal eines Besseren belehren lassen.

Im Wappertal nimmt die Streikbewegung größeren Umfang an. Zu den Zimmerern kamen in voriger Woche die Maurer Elberfeld-Parsons, welche eine Lohnerhöhung fordern. Der Streik ist allgemein und die Situation der Arbeiter günstig.

Die Bäcker der Brotsfabriken sehten nach eintägigem Streik einen Minimallohn von 26, 28 und 30 M. bei zehnstündiger Arbeitszeit durch; ferner dreitägige Ferien und Bezahlung der Ueberstunden mit 60 Pct., endlich Anerkennung des Arbeitsnachweises der Arbeiter.

Die Konfektionsfabrik Elberfelds sind am Montag früh in Aufstand getreten und wurden folgende Firmen in Streik erklärt: Gans u. Sternberg, Blumental u. Kahn, Gerson, G. Kagenstein, Weber u. Comp., Weinberg u. Kagenstein, Schloffer u. v. d. Rahmer, Haas u. Steunk, Uhlhorn u. Kutzmann, Bodmann u. Müller und Steinmann.

Um Fernhaltung des Zugzuges von Maurern, Zimmerern und Konfektionsfabriken wird dringend ersucht.

### Eine Lohnbewegung am Kölner Dom.

An dem weltbekannten Kölner Dom werden zurzeit umfangreiche Erneuerungsarbeiten an dem durch die Jahrhunderterte verwitterten Gestein vorgenommen. Die organisierten Steinmetzen forderten dem Dombaumeister Heetzel den Tarif, den der Verband mit sämtlichen Kölner Steinmetzfirmen vereinbart hat. Der Herr Dombaumeister beauftragte den Empfang, erklärte aber, die Lohnverhältnisse der angestellten Arbeiter „ohne fremde Hülfe“ regeln zu wollen. Alle weiteren Bemühungen, eine Aussprache herbeizuführen, blieben erfolglos. Der am Kölner Dom arbeiten will, muß gute Zeugnisse und sogar ein Zeugnis vom Polizeikommissar einreichen. In der Kölner Steinmetzbranche wird überall bei neunstündiger Arbeitszeit 5,25 M. gezahlt, ein Lohn übrigens, der im Verhältnis zu anderen Großstädten bescheiden zu nennen ist. Der Dombaumeister aber bietet den Steinmetzen nur 4,50 M. pro Tag. Man wolle den Zugzug von Steinmetzen nach Köln streng fernhalten. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Zu dem Wapwerk von E. Böding u. Co. in Rülheim a. Rhein sind die Heizer in den Aufstand getreten.

Ein Textilarbeiterausstand ist in Esslingen bei Rölln ausgebrochen. Die Unternehmer hatten den Webern zuerst gefündigt, um sie auszusperrten. Dann nahmen die Fabrikanten die Kündigung zurück. Darauf ließen sich die Arbeiter aber nicht ein, sondern sie verlangten zuerst die Erfüllung der Forderungen, womit sie die Kündigung der Unternehmer beantwortet hätten. Die dann gepflogenen Verhandlungen sind ergebnislos geblieben. Die Zahl der ausständigen Weber und Weberinnen beläuft sich auf 500, Zugzug ist fernzuhalten.

Die Aussperrung der Stuckateure in Bonn ist zugunsten der Arbeiter erledigt. Der im vorigen Jahre erlähmte Tarif, den die Unternehmer durch die Aussperrung befeitigen wollten, bleibt bis 1. Mai 1907 in Kraft.

Die Bauarbeiter Hamburgs befinden sich in einem allgemeinen Streik. Zugzug ist fernzuhalten.

### Ausland.

#### Das Arbeiterrisiko.

Brest, 10. Juli. Während einer Versammlung, welche die Arsenalarbeiter in der Arbeitsbüchse abhielten, wurde ein Antrag angenommen, demzufolge Arbeiter in Zukunft nur gegen eine Entschädigung von 10 Frank und einem Kranz Stundenlohn an Bord von Schiffen gehen werden, mit welchen Schnellgehaltsversuche angestellt werden sollen. Dieser Beschluß ist auf die vielen Unglücksfälle zurückzuführen, die bei Schnellgehaltsversuchen vorkommen und wie dies wieder der jüngste Unfall an Bord des neuen Kanzereschiffes „Duterry“ gezeigt hat. Dieser Beschluß ist sämtlichen Gefahrenarbeiterindikatoren zugestellt worden.

## Die Stichwahl in Altena-Zierlohn.

Bis zur Stunde liegt über die Stichwahl, die heute im Kreise Altena-Zierlohn stattfand, kein vollständiges Resultat vor. Nach der uns vorliegenden Meldung sind bis um 10 Uhr abends gezählt für unseren Genossen Haberlandt 14 747 Stimmen, für den Zentrumskandidaten Klocke 13 449 Stimmen. Bei der ersten Wahl am 27. Juni d. J. erhielten wir 10 547 Stimmen, sodas wir bisher einen Zuwachs von 4200 Stimmen zu verzeichnen haben.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Pest.

Petersburg, 10. Juli. (W. S.) Im Kreise Panslograd im Gouvernement Jekaterinoblaw ist die sibirische Pest ausgebrochen.

### Ueberfallene Bankbeamte.

Warschau, 10. Juli. (Von einem Privatkorrespondenten.) Als heute Mittag zwei Beamte der Direktion der Weichselbahnen in Begleitung zweier Soldaten in zwei Dreifachen Geld zum Finanzamt bringen wollten, wurden sie von einer Bande überfallen und beschossen. Der eine Soldat wurde erschossen, der zweite verwundet. Der eine von den Beamten, der für 60 000 Rubel Panfnoten bei sich trug, konnte sich retten. Die Verbrecher, denen drei Säcke mit Silbergeld im Betrage von 6000 Rubel in die Hände fielen, entkamen.

### Eisenbahnüberfall.

Moskau, 10. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf der Eisenbahnlinie Jaroslavl-Moskau drangen zwei bewaffnete Unbekannte in ein Abteil 3. Klasse, in dem sich der Kassierer einer Waggonfabrik befand und riefen den Passagieren zu, Hände hoch! Sie wüsten einen Schaffner, verwundeten den Kassierer, dem sie 27 000 Rubel raubten. Darauf brachten sie den Zug durch Ziehen der Notbremse zum Stehen und verschwanden unbehelligt im Walde.

Partei Vorstand und Massenstreik.

Auch die „Bremer Bürgerzeitung“ hat nunmehr in einem längeren Artikel Stellung genommen, dessen wichtigste Stellen wir hiermit wiedergeben:

Mit der überwältigenden Mehrheit von 287 gegen 14 Stimmen hat der Jenaer Parteivorstand der Weberschen Resolution zugunsten des politischen Massenstreiks zugestimmt. Aber unter den 14 Stimmen, die dagegen waren, sind die Namen der Genossen Legien, Robert Schmidt und Silberbach enthalten. Alle drei sind einflussreiche Mitglieder der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Dieser Umstand mag den Parteivorstand dazu bewogen haben, nach Jena eine Besprechung mit ihnen und ihren Mitarbeitern und Gesinnungsgenossen zu suchen, als die politische Situation die Möglichkeit eines politischen Massenstreiks nicht ausgeschlossen erscheinen ließ. Das war zu Anfang dieses Jahres, als der erste Massenstreik in Preußen gegen das erbärmliche Dreifachwahlrecht einen überraschend guten Verlauf genommen hatte und die Notwendigkeit weiterer und möglichst noch wirkungsvollerer Vorstöße erkannt. Ob zu diesen Vorstößen schon der politische Massenstreik gehören durfte, war eine Frage, die wir angeht die ganze Situation verneint hätten. Denn über den politischen Massenstreik kann nicht gemächlich wochenlang vorher beraten, und es kann nicht wochenlang vorher der Zeitpunkt seines Beginns festgelegt werden. Wenn der geeignete Moment für den Massenstreik da ist, so ist auch der Massenstreik da; so ergibt er sich ungerufen aus der Situation; so können ihn die leitenden Männer höchstens nach Möglichkeit organisieren, nicht aber können sie ihn je nachdem kommandieren oder hinwegdekretieren. Dieser Zeitpunkt aber war in Preußen noch nicht da, das ergab die Haltung der preussischen Arbeitererschaft — bei aller Demonstrationslust am 21. Januar — doch unambigu.

Zum Glück machte der Parteivorstand die Möglichkeit des plötzlichen Ausbrechens des politischen Massenstreiks auf Grund irgend welcher plötzlichen Ereignisse für vorhanden erachtend, und er verfuhr aus diesem Grunde eine Uebereinstimmung mit der Zentralleitung der deutschen Gewerkschaften herbeizuführen. Das war sehr richtig gehandelt, zumal eine nochmalige Aussprache über den politischen Massenstreik die Begriffe über ihn nur klären konnte.

So sind wir der Meinung, daß die verflochtenen Monate selbst die letzten Zweifel an dem politischen Massenstreik beseitigen müßten, ganz abgesehen davon, daß ein Parteivorstandsbeschluss auch für die unterlegene Minorität bindende Kraft hat. Um so entschiedener beurteilen wir die Tendenzen, von denen das Vorgehen der Generalkommission augenscheinlich diktiert ist. Wir halten es für eine dringende Aufgabe der organisierten Arbeitererschaft, geeignete Maßnahmen zu treffen, durch die ein besserer Zusammenhang der Gewerkschaftsführer mit der Masse der organisierten Arbeiter, zugleich aber auch mit der Leitung der Partei herbeigeführt wird. Die gegenwärtigen Differenzen scheinen geradezu zu nach einer gründlichen Reform dieser Beziehungen.

Aber auch der Parteivorstand bedarf einer Reform. Es darf nicht sein, daß zeitweise alle Parteivorstandsmitglieder bis auf ein Mitglied, das ihm noch dazu erst kurze Zeit angehört, im Reichstage sitzen und mit wichtigen zeitraubenden Reichstagsarbeiten beschäftigt sind. Darunter müssen die mannigfachen Arbeiten des Parteivorstandes, die neuerdings in vermehrtem Maße an ihn herantreten, außerordentlich leiden. Wir sehen keinen Grund dafür ein, daß alle Mitglieder des Parteivorstandes auch zugleich Mitglieder des Reichstages sein müssen. Es ist ferner dringend zu wünschen, daß die Parteigenossen im Lande von so wichtigen Konferenzen und Aktionen, wie sie im Februar stattgefunden haben, rechtzeitig und in authentischer Form Mitteilung erhalten. Für eine demokratische Partei sind derartige geheime Konferenzen mit Schweigebot sehr bedenkliche Einrichtungen. Vielleicht werden sie nicht immer ganz zu umgehen sein. Aber meistens hat sich in der letzten Zeit herausgestellt, daß der sorgsam gehütete Inhalt solcher Konferenzen hernach Stückweise und auf wenig schöne Weise der Öffentlichkeit überliefert worden ist. Man denke an die Sitzungen der Prekominmission des „Vorwärts“ vor dem Jenaer Parteitag, an die Sitzungen der Fünfschneckerkommission in Jena, an die Sitzungen der Berliner Prekominmission nach dem Jenaer Parteitag, an die jüngste Geheimkonferenz mit der Gewerkschaftskommission.

In der Chemnitzer „Volksstimme“ sagt ein mit N. (Kobbe?) zeichnender Verfasser sein Urteil folgendermaßen zusammen:

„Ganz ohne Grund hat sich der Parteivorstand aneinander durch die Vorgänge der letzten Tage verdröhen lassen. Er soll nur ruhiges Blut behalten. Ganz besonders ist das bei der Stellungnahme zum politischen Massenstreik erforderlich.“

Wir sind davon durchdrungen, daß es das Interesse der Arbeiterklasse gebietet, mit dem Massenstreik als einem letzten äußersten Kampfmittel zu rechnen. Unablässig soll darauf hingearbeitet werden, daß die erforderlichen Vorbereitungen für die Gewinne des Erfolges geschaffen werden. Aber noch wie vor protestieren wir auf das nachdrücklichste im Interesse der Arbeiterbewegung gegen Heberföhrung und Koppligkeit.“

Der „Proletarier aus dem Culengebirge“ schreibt: „Der Parteivorstand hatte mit der Generalkommission der Gewerkschaften eine Besprechung über den Massenstreik gehabt und hierbei hat Weibel ausgeführt, daß der Parteivorstand nicht die Absicht habe, gegenwärtig den politischen Massenstreik zu propagieren, sollte derselbe aber propagiert werden müssen, so wird sich der Parteivorstand vorher mit der Generalkommission ins Einvernehmen setzen. — Diese klaren Worte Weibels, die unsere Erachtens durchaus zutreffen, denn ein Massenstreik läßt sich nicht künstlich „machen“, haben zu einem Rattenkönig von Mißverständnissen geführt und lange Erklärungen der Beteiligten im „Vorwärts“ gezeitigt. Mit der Erklärung des Parteivorstandes ist für uns die Sache vorläufig erledigt.“

Die Eiberfelder „Freie Presse“ tadelt die Heimlichkeit der Verhandlung zwischen Parteivorstand und Generalkommission. Hätte man öffentlich verhandelt oder sich wenigstens entschlossen, die 6 Thesen zu veröffentlichen, so wäre das „große Mißverständnis“ vermieden worden. Sie fahet dann fort:

„So sehr wir von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß die Auffassung der Generalkommission nicht die richtige ist, so sehr liegt es uns fern, irgendwie eine beabsichtigte Verschiebung des Tatsächlichen anzunehmen. Die Ursache des Mißverständnisses ist ganz gewiß in der verschiedenen Auffassung der Sache, des Massenstreiks selbst, zu suchen.“

Damit kommen wir zu einer anderen, auch von der „Frankfurter Volksstimme“ aufgeworfenen Frage: Geht es auf die Dauer an, daß die politische und gewerkschaftliche Bewegung getrennt marschieren? Wir möchten die Frage mit Nein beantworten. Je größeren Umfang Partei und Gewerkschaften annehmen und je mehr Aufgaben ihnen zufallen, desto größer wird die Gefahr, daß eine Entfremdung eintritt, wenn beide Bewegungen auf dem Standpunkt stehen bleiben, daß die andere in ihre Angelegenheiten nicht hineinzureden“ habe. Man verheißt sich schließlich nicht mehr. Wir haben übrigens schon früher einmal diesem Gedanken Ausdruck gegeben.

Zum Schluß noch eins: Es ist dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht worden, daß er das Protokoll der Generalkommission sechs Wochen lang im Verborgenen gehalten, ohne die irrtümliche Auffassung der Generalkommission monieren zu haben. Der Parteivorstand hat das entschuldigt durch die Arbeitsanhäufung seiner Mitglieder und

ferner, weil man geglaubt habe, das Protokoll habe nur zu dem Allen genommen werden sollen. Infolge dieser Umstände sei man vorher gar nicht zur Durchsicht des Protokolls gekommen. Man kann diese Entschuldigung gelten lassen. Wonders sind wir von der Arbeitsüberbürdung der Genossen im Parteibureau überzeugt. Aber eine andere Frage ist: „Kann das so bleiben?“ Schon bei der Diskussion über das Organisationsstatut haben wir unsere Ansicht dahin kund gegeben, daß die Parteileitung einer gründlichen Reorganisation bedarf. Wir meinen, es müßte eine systematische Arbeitsverteilung vorgenommen werden, so daß jedes Vorstandsmitglied für die prompte Erledigung der Arbeiten seines Ressorts verantwortlich gemacht werden kann.“

Die „Medienburg Volkszeitg.“, der „Lübecker Volksbote“, das „Sächsische Volksblatt“ und die „Neuhäuser Volkszeitg.“ bruden den Leitartikel des „Vorwärts“ in Nr. 152 „Der politische Massenstreik“ ohne Kommentar ab.

Eine Gedenkfeier.

Die öffentliche Versammlung des Wahlvereins des 5. Kreises, die am Montagabend im „Alten Schützenhause“ stattfand, machte einen gar feierlichen Eindruck. Zahlreich waren die Genossen und Genossinnen erschienen, um das zehnjährige Bestehen des Vereins zu feiern, der vor genau zehn Jahren in demselben Lokal gegründet wurde.

Würdig eingeleitet wurde die Feier durch einige Gesangsbeiträge des Vereins „Freie Liedertafel“, die reichen Beifall fanden.

Der Redner des Abends war Genosse Prop. Liepmann, der vor seinen Zuhörern Bilder aus der Geschichte des 5. Kreises aufstellte, deren Hintergrund eine Skizze der Berliner und weiterhin der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt bildete. Er erinnerte eingangs seiner Rede an das Wort Johann Jacobys, daß die Gründung des heutigen Arbeitervereins für den Kulturfortschritt mehr bedeute, als manche große Schlacht, die als ruhmvoll bezeichnet wird. Dies Wort sei ein Leitstern für manche Arbeiterorganisation gewesen, der sich in früheren Zeiten große Schwierigkeiten in den Weg stellten. Redner kam auf die Anfänge der Bewegung in den sechziger Jahren zu sprechen, auf die große Kräfteentfaltung und rührige Agitation in Berlin, die schließlich doch nur ein klägliches Resultat zeitigte, wenn man an die 67 Stimmen denkt, die für die Sozialdemokratie im Jahre 1867 in Berlin abgegeben wurden. Mit welcher Erbitterung wurden die Bruderkämpfe in der Partei geführt! Redner gab eine persönliche Erinnerung zum besten aus dem Jahre 1874, als in einer sozialdemokratischen Versammlung, die im „Handwerker-Verein“ in Berlin lagte, fast einstimmig beschlossen wurde, mit Weibel und Liebnicht zu brechen und sie nicht mehr als Redner aufkommen zu lassen. 1875 kam die Einigung zustande; die Massen fanden sich, trotzdem die Führer, sogar ein Karl Marx, noch nichts von einer Einigung wissen wollten. Bald brach die Verfolgung über die neue Partei herein; ihre Organisation sollte zerstört werden, die berüchtigte Vera der Majestätsbeleidigungsprozesse begann; der Staatsanwalt Tesseford verlor seine Kräfte. Aber die Partei wuchs heran und gewann immer neue Kräfte. 1876 wurde die Berliner „Freie Presse“ gegründet. Im 5. Kreise wirkten Grottkau, Greisenberg und andere Agitatoren damals mit gutem Erfolge. Dann kamen die Attentate von 1878 und dem Reichstage wurde ein Sozialistengesetz vorgelegt. Nach der Ablehnung erfolgte sofort die Auflösung des Reichstages. Das Sozialistengesetz wurde vom neuen Reichstage angenommen, und nun hagelte es Verbote, Auflösungen, Ausweisungen, Strafen! Der erste Schreden richtete viel Unheil an, aber bald sammelten sich die Scharen und die Parole war: „Wir pfeifen auf das Gesetz!“ Wie überall, so wurde auch im 5. Kreise eine kräftige Agitation entfaltet. Bei der Reichstagswahl 1890 kam Auerbach im 5. Kreise in die Stichwahl. Auerbachs Tätigkeit wurde vom Redner als eine tüchtige und förderliche für die Partei voll anerkannt und bewundert, daß er später die Fahne verlassen habe. Es fehlte damals die Bewegung der Unabhängigen ein, die im 5. Kreise hohe Wellen schlug. In den Jahren 1890 und 1891 tobte der Streit am heftigsten. Nach dem Ausschluß der Unabhängigen aus der Partei regnete es Austrittserklärungen im Wahlverein des 5. Kreises, aber viele der Ausgetretenen beruhigten sich auch wieder und sind heute noch die eifrigsten Parteigenossen. 1893 kam Robert Schmidt in die Stichwahl im 5. Kreise und wurde gewählt. 1894 begann ein heftiger Kampf um die Organisationsform; die ersten 56 Bezirksführer wurden damals im 5. Kreise gewählt. 1895 wurde der Streit immer ärger, der alte Vorstand wurde weggesetzt und schlimme Folgen waren voranzusehen. Da kam die Polizei zur Hilfe herbei, ein ganz unerwarteter, aber später sehr geschätzter Beistand. Die Polizei verdröhte eine Zerföhrung der Organisationen und schnell verfassten und einigten sich die kämpfenden Elemente. Am 9. Juli 1896 wurde der jetzige Wahlverein gegründet, in demselben „Alten Schützenhause“, wo schon mancher Strauß ausgefochten wurde. Der erste Vorsitzende war Sassenbach. Der Redner nannte im Laufe des Vortrags eine ganze Reihe von Genossen, die sich durch ihre Tätigkeit im Verein hervorgetan haben. Er hatte die alten Protokolle durchstudiert und fand viele Namen von Genossen, die heute noch im 5. Kreise eifrig tätig sind. Rande keine unangenehme Erinnerung tauchte dazwischen auf, konnte aber den guten Eindruck des Ganzen nirgends stören. 1898 veränderte die Wahlweise (in der Stichwahl mit nur 57 Stimmen) ein wenig und wieder entspannen sich große Debatten wegen einer Reorganisation im 5. Wahlkreise. 1899 begannen die Vorarbeiten und im Jahre 1900 wurde ein Beschluß für die Reorganisation im Sinne der Zentralisation angenommen. 1903 wurde der Wahlkreis wieder erobert mit Robert Schmidt als Vertreter, der 14561 Stimmen erhielt. Was immer die Partei bewegte, es bewegte sich im 5. Kreise lebhaft wieder. Schon 1903 wurde der Generalstreik beraten. Bei der Landtagswahl sowohl als auch bei den Stadtverordnetenwahlen erfüllte der 5. Wahlkreis seine Pflichten. Immer waren die Genossen bereit einzutreten, wenn es galt, dem Wohle der Partei zu dienen. Im Jahre 1904 wurde die Parteispedition eingerichtet, die damals 1300, heute 2300 Abonnenten zählt. Der Verein zählt 1600 Mitglieder und was er in finanzieller Hinsicht leistet, verdient Anerkennung und ist gegenüber den Leistungen vor zehn Jahren erstaunlich gewachsen. Ebenso sind die Stimmenzahlen angewachsen und zeigen die rührige Agitation im 5. Kreise.

Genosse Liepmann forderte am Ende seines fast zweistündigen Vortrages die Genossen auf, nicht zu ermüden in der Agitation, sondern am Ausbau der Organisation nach besten Kräften auch fernerhin tätig zu sein; er brachte ein dreimaliges Hoch auf das zehnjährige Geburtsfest, den Wahlverein, aus, und beglückwünschte die Versammelten ein.

Den Schluß des Abends bildeten einige stimmungsvoll vorgetragene Gesänge des Vereins „Freie Liedertafel“.

Der Vorsitzende machte noch auf das Stiftungsfest des Vereins aufmerksam, welches am Sonnabend, den 14. Juli, im „Schweizergarten“ stattfindet.

Unter dem Gesang der Parteiliede, die von allen Seiten angestimmt wurde, leerte sich der Saal.

Aus der Partei.

Interparlamentarische sozialistische Kommission. Die Parteipresse berichtet irrtümlicherweise, daß anlässlich der Konferenz des interparlamentarischen Komitees zu London in der geplanten Demonstrationssammlung unter anderem auch Genosse Weibel „auftreten“ werde! Wir hatten — vorsichtiger — genau nach dem Wortlaut des uns von der J. S. R. überlieferten Schreibens mit-

geteilt; nebst anderen sei auch Weibel aufgefordert worden, auf dem Meeting zu sprechen. Wir erfahren nun, daß Weibel rechtzeitig mitgeteilt hat, weder Singer noch er selber werde in der Lage sein, jetzt an einer Konferenz teilzunehmen. Infolgedessen kann also auch nicht von einer Teilnahme Singers oder Weibels an der Demonstrationssammlung die Rede sein.

Von Seiten unseres deutschen Fraktionsvorstandes ist Genosse Mollenhuth mit der Vertretung der Fraktion beauftragt worden.

Der Kreisverein für den 17. sächsischen Wahlkreis Glauchau-Meerane hielt am 8. Juli seine erste Jahres-Generalversammlung in Oberlungwitz ab. Aus dem Berichte des Vorstandes ist zu ersehen, daß auch dieser Kreis durch die im Vorjahre geschaffene Zentralisation verhältnismäßig gute Fortschritte zu verzeichnen hat. Die Zahl der in den Jahren 1904/1905 in den Lokalvereinen organisierten Genossen betrug circa 1400. Diese Zahl ist bis 1. Juli 1906 auf 1750 gestiegen. Während Glauchau-Meerane in früheren Jahren auf die Unterstützung durch die Parteikasse angewiesen war, ist der Kreis jetzt in der Lage, die Kosten der Agitation selbst zu tragen und einen Jahresbeitrag für die Parteikasse zu leisten.

Die Generalversammlung nahm u. a. Stellung zum bevorstehenden Parteitag. Ein Antrag des Genossen Dromme-Glauchau, nach welchem der Parteitag den Parteivorstand beauftragen soll, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften zur Durchführung der Arbeitstube am ersten Mai rechtzeitig in Verbindung zu setzen, wurde angenommen.

In der sehr lebhaften Debatte zu diesem Antrage wurde von allen Rednern gefordert, daß sich die Partei vom 1. Mai nichts abstreifen lasse. — Die vom Parteivorstand angeforderte Gründung einer Bildungsschule wurde alsbald begrüßt, aber es wurde auch betont, daß den Genossen durch den Ausbau der Parteiliteratur und der Presse Gelegenheit zur Selbstbildung gegeben werden müsse. Namentlich bei der Literatur sei etwas weniger Geschäftsprinzip, aber um so mehr Gediegenheit am Platze.

Für die Jugend erziehung empfahl es sich, eine Jugendliteratur zu schaffen, die der Arbeiter zu billigen Preisen erhalten könne. Würde nach dieser Richtung hin gearbeitet, dann würde sich sehr bald zeigen, daß die Arbeitererschaft die Theorie nicht verachte, sondern ihren Kampf auch wissenschaftlich zu führen verstehe. Zum Delegierten für den Parteitag und für die Frauenkonferenz wurde Genosse D. Knauf-Meerane gewählt.

Ein neues Parteiblatt, das zweimal die Woche erscheinen soll, soll in Offenburger gegründet werden. Die dortigen Genossen suchen in der Parteipresse einen Redakteur, der im Nebenamt auch als Arbeitersekretär zu fungieren hätte.

Das Bremer Parteisekretariat ist dieser Tage eröffnet worden. Adresse: Faulenstr. 2. II.

Aus der Frauenbewegung.

Die Diensthilfsorganisation macht auch im heiligen Römischen Reich Fortschritte. Am 1. Juli wurde im Volksbade ein Verein der Dienstmädchen gegründet, dem sich sofort 26 weibliche Hausangestellte anschlossen. In einer zweiten Versammlung am letzten Sonntag traten dem Verein weitere 44 Mädchen bei, so daß die Mitgliederzahl 70 beträgt.

Internationales Verbot der Nachtarbeit für Frauen.

Aus Bern meldet der Telegraph: Die englische Regierung erklärte, sich der Vereinbarung über das Verbot der Nachtarbeit für Frauen in der Industrie nur anschließen zu wollen, wenn alle Länder, deren Konkurrenz in den vom Verbot betroffenen Industrien entsteht, sich auch anschließen, wenn ferner die auf der Konferenz nicht vertretenen Staaten, wo sich derartige Industrien entwickeln, nachträglich zum Beitritt zur Vereinbarung zugestimmt werden, und wenn schließlich für die strikte Durchführung des Verbotes durch die auf der Konferenz vertretenen Staaten gesorgt würde. Die englische Regierung ist für die Einsetzung eines Schlichtungshofes oder einer Kommission, an welche man im Falle der Nichtausführung der Vereinbarungen seitens einer der kontrahierenden Staaten die Angelegenheit verweisen könne.

Versammlungen — Veranstaltungen.

- Wahrendorf. Mittwoch, 11. Juli, Schloßstr. 117: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Genossen Störmer: Behandlung und Interessen des weiblichen Proletariats.
Zehlendorf. Mittwoch, 11. Juli, bei Widley, Potsdamerstr. 25: Vortrag des Genossen Kiesel.
Köpenick. Mittwoch, 11. Juli, bei Moll, Schönauerlinderstraße. Genossin Kiesel: Ueber Heinrich Heine.
Wilmersdorf. Donnerstag, 12. Juli: Ausflug nach Eichkamp. Treffpunkt 2 1/2 Uhr bei Sella, Brandenburgerstr. 100.
Köpenick. Sonntag, 15. Juli: Kaffeepartie nach Kieckmal. Treffpunkt 1 Uhr, Hauptplatz, Abmarsch 2 Uhr.
Weißensee. Sonntag, 15. Juli: Familienausflug nach Johannisthal bei Senftenleben. Abmarsch 1 1/2 Uhr ab Deniger und 2 Uhr ab Buschlag.
Weißensee. Montag, 16. Juli: Ausflug nach dem Restaurant „Sommerlust“ zu Schulzendorf bei Zegel. Treffpunkt 7 1/2 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle Schloß Weißensee.
Teltow. 26. Juli bei Pichthagen. 18. August Stiftungsfest.

Gerichts-Zeitung.

Ein Beleidigter, der sich nicht beleidigt fühlt.

Am 6. d. M. standen die Maurer Gebrüder Jhorndorf, Hill und Brandt vor dem Elbinger Schöffengericht wegen Vergehens gegen §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung. Am 21. Mai dieses Jahres verlangten die Angeklagten ihre Entlassung vom Bauernmeister Fechter. Nach dem Grund der Arbeitseinstellung befragt, soll Hill gesagt haben: „Mit so einem, wie der Polier Biemes, der dem „Christlichen Verband“ angehört, arbeiten wir nicht zusammen.“ In dieser Äußerung und in dem gemeinsamen Vorgehen der Angeklagten erblickte die Anklage eine Beleidigung und Verurteilung des Poliers! Der als beleidigt erachtete Polier fühlte sich aber gar nicht beleidigt und hatte keinen Strafantrag gestellt, auch war er nicht zur Verhandlung vor Gericht erschienen. Den Strafantrag hatte der Bauernmeister Fechter gestellt, der denn auch mit seinem Techniker als Zeuge vor Gericht erschienen war. Hill sagte vor Gericht aus, daß er deshalb ausgesprochen sei, weil der Polier die Maurer des Zentralverbandes terrorisiert habe und sie für den „Christlichen Verband“ anwerben wollte. Dann habe er von dem anderen Unternehmer, bei dem er in Arbeit trat, 7 Pf. pro Stunde mehr bekommen. Die übrigen Angeklagten beklundeten, daß sie lediglich ihre Entlassung verlangt hätten. Hierzu machte der Ankläger folgende Bemerkung: „So, das kennt man, einer ist Wortführer und die anderen Patronen stehen hinten!“ Der Bauernmeister Fechter überreichte dem Gericht ein förmliches Aktensück, in dem sich befinden: Beschlüsse von Versammlungen des Zentralverbandes, Zeitungsausschnitte über Urteile von anderen Gerichten usw. und erklärte, daß auf Anträgen wie die vorliegende schon Beurteilungen erfolgt wären. Der Staatsanwalt beantragte „nur“: Wegen die Gebrüder Jhorndorf je zwei Monate Gefängnis (weil sie schon vorbestraft waren), gegen Brandt und Hill je einen Monat Gefängnis! Das Gericht sprach nach einer kürzeren Beratung sämtliche Angeklagten frei, da weder eine Beleidigung noch eine Drohung vorliege.

Dass eine derartige Anklage überhaupt erhoben werden konnte, beweist hinlänglich den Charakter unserer Justiz als Majestätskult.

Eine nicht anwendbare Gebammenordnung. Eine Verordnung des Regierungspräsidenten zu Bromberg vom 1. April 1894...

Eine Verurteilung von Postwertbriefen auf dem Potsdamer Bahnhof. Gestern unter Vorsitz des Landrichters Bacharach...

Vermischtes.

Das Schicksal des Heidelberger Schlosses.

Die zweite Kammer der badischen Landstände lehnte die vom Finanzminister geforderte Summe von 100 000 Mark zum Umbau...

Bergmannsdorf. Dortmund, 10. Juli. Auf Rebe Druckstrafe wurden durch herabstührendes Gestein 2 Bergleute erschlagen.

Krieg im Frieden. Grenoble, 10. Juli. Gestern stürzten beim Bau einer Pontonbrücke 14 Geniesoldaten in den Isère-Fluss.

Unter Millionen.

In New York wird ein Prozeß erwartet, dem in den Kreisen der „guten Gesellschaft“ das größte Interesse entgegengebracht wird.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Engelke)...

Von „Der Mensch und die Erde“, dem neuen illustrierten populärwissenschaftlichen Prachtwerke...

Jahresbericht der Arbeiter-Bildungsschule Berlin über die Tätigkeit vom 1. April 1903 bis 31. März 1904.

Die Monatschrift für christliche Sozialreform erscheint am 1. jeden Monats und kann durch die Post und den Buchhandel...

Die bei der Deutschen Verlagsgesellschaft in Stuttgart in Lieferungen zu 20 Pf. erscheinende illustrierte Volksausgabe von Schillers Werken...

Voland. Monatschrift für kritische Erlebung in Haus und Schule. Herausgegeben von einer Vereinigung Bremischer Lehrer.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

P. Paulik. Das Testament können Sie entweder vor Gericht oder vor einem Notar errichten.

2. Rein. G. C. Bekannte Nette, Sachverständige, Rechtsanwältin, können Ihnen nur grundrätlich ab zu empfehlen.

2. Rein. G. 121. 1. Ja, aber unabweislich. 2. Rein. G. 121. 2. Ja, wenn Sie die Kündigung durch die Kündigung...

2. Rein. G. 121. 3. Ja, wenn Sie die Kündigung durch die Kündigung...

2. Rein. G. 121. 4. Ja, wenn Sie die Kündigung durch die Kündigung...

2. Rein. G. 121. 5. Ja, wenn Sie die Kündigung durch die Kündigung...

2. Rein. G. 121. 6. Ja, wenn Sie die Kündigung durch die Kündigung...

2. Rein. G. 121. 7. Ja, wenn Sie die Kündigung durch die Kündigung...

2. Rein. G. 121. 8. Ja, wenn Sie die Kündigung durch die Kündigung...

mitglied war, so liegt Ihre Unterfertigung zu. — H. 3. Ihren Antrag müssten Sie an die Vermögensverwaltung richten. — H. 3. 57. Sie sind zur Zahlung verpflichtet...

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion. Weizen 67-70, Roggen 60-66, Hafer 55-58...

Witterungsübersicht vom 10. Juli 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke. Lists weather data for various stations like Zehlendorf, Hagenow, etc.

Wetterprognose für Mittwoch, den 11. Juli 1906.

Wetterprognose für Mittwoch, den 11. Juli 1906. Wenig heiß und sehr warm bei schwachen nordwestlichen Winden...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber seiner Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, den 11. Juli. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Operntheater. La Traviata. Anfang 8 Uhr.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr. Mittwoch: Gastspiel Lilli Lehmann.

Komische Oper.

Sommerspielzeit 1906. Hoffmanns Erzählungen. Sommerpreise. (Keine Vorverkaufsgelder.)

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58. Täglich: Die Gattin, Ausstattungsstück.

Urania. Taudenstr. 45/49. Täglich abends 8 Uhr: Der jüngste Ausruch des Vesuvus.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/52. Täglich ab nachmittags 6 Uhr: Großes Militär-Konzert.

Apollo-Theater.

Novität! Täglich: Novität! Berlin im Omnibus. Darsteller in zwei Bildern nach einer Schwanke von Victor de Cottens.

Schweizer Garten

Am Königsplatz - Am Friedrichshain. Täglich: Theater, Spezialitäten und BALL. Jeden Mittwoch: Kinderfreundfest.

Passage-Theater.

Heute das glänzende Spezialitäten-Programm. Heute das glänzende Spezialitäten-Programm.

Carl Weiß-Theater. Or. Amsterdamerstr. 132. Täglich abends 8 1/2 Uhr im Theater: Sündige Liebe.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. (Meysel, Pietro, Britton, Böhme, Böckmann, Walden, Spidel, O. u. R. Schröder)

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dil. Baumstr. 16. Wenn schön: Wenn schlecht: im Garten! im Saal!

Reichshallen. Stettiner Sänger. (Meysel, Pietro, Britton, Böhme, Böckmann, Walden, Spidel, O. u. R. Schröder)

Sanssouci.

Kottbuser Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend: Hoffmanns Nord. Sänger und Tanzkränzen.

Etablissement Bughenhagen

Moritzplatz. Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen: Gottschalk Freikonzert

Berliner Uk-Trio. Felix Scheuer. Straßendstr. 1.



# Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Saal I des „Gewerkschaftshauses“, Engel-Ufer 15

## Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Fortsetzung der Statutenberatung. 3. Vorträge zur Generalversammlung und Auffstellung der Kandidaten zu derselben. 12/2431  
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 31, Amt IV, 3953.

## Achtung! Schlosser! Achtung!

Donnerstag, den 12. Juli 1906, abends 8 1/2 Uhr:

## Allgemeine Versammlung der Schlosser Berlins u. Umg.

bei Sagenhagen, Vorplatz, Oranienstr. 147.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission über die Ausgabe der Tarife an die außerhalb der Innung stehenden Bauwerkschlosser. 2. Diskussion. 3. Bericht über die Welterung des „Kornmärs“, betreffend die Wahrung der Erklärung der Agitationskommission in Sachen Schulz.

Kollegen! Die letzte Schlosserverammlung hatte beschlossen, der Aufhebung des Kollegen Schulz zu entsprechen und eine öffentliche Klärung seiner Angelegenheit zu geben. Die Redaktion des „Kornmärs“ weigerte sich aber, die Erklärung der Agitationskommission aufzunehmen. Dazu soll in der Versammlung Stellung genommen werden. 12/25 Die Ortsverwaltung.

## Stenerfreie

# Vineta-Zigaretten!

Vineta No. 8, Verkf. 2 Pf. mit Mdst., flach u. rund.

No. 10 Verkf. 3 Pf. mit Mdst., flach und rund

No. 40 Verkf. 4 Pf. mit Mdst., flach und rund

No. 50 Verkf. 5 Pf. mit Mdst., flach und rund

sowie 1 Pf. Zigaretten flach und rund

hat noch abzugeben

**Alfred Hoffmann,**  
NO. 55, Christburgerstr. 37.

# Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Meldhofstraße 28.

Filiale Berlin.

Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.

Mittwoch, den 11. Juli, abends 7 Uhr, in den Arminhaken, Kommandantenstr. 20:

## Werkstättensammlung der Firma Birkle & Thoma.

Tagesordnung:

Die Differenzen in der Werkstätte eventuell Sperre derselben.

Da wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen, so hat ein jeder Kollege zu erscheinen, der bei der Firma beschäftigt ist.

## Achtung! Musikinstrumentenarbeiter! Achtung!

Donnerstag, den 12. Juli, abends 7 Uhr in den Andreas-Festfäden, Andreasstr. 21

## Große öffentliche Versammlung

der in der Piano-, Pianomechanik- und Klaviatur-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

## Der Streik in der Pianofabrik von Bell u. Co.

Zur Beachtung! Die Versammlung ist bereits um 7 Uhr einzutreten, um auch allen auswärts und entfernt von der Arbeitsstätte wohnenden Kollegen den Besuch zu erleichtern. 14/18\*

Die Agitationskommission der Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter Berlins.

## Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)

## Bezirks-Versammlungen.

1. Donnerstag, den 12. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei Gieshoft, Seefr. 81 (Waldenweg).
2. Freitag, den 13. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei Wilke, Strummstr. 188.
3. Freitag, den 13. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei Beckmann, Samariterstr. 11.
4. Freitag, den 13. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei Merkwowsky, Wilmersd. 26.
5. Donnerstag, den 12. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei Burg, Lindenstr. 3, 2. Hof.
6. Freitag, den 13. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei Münzer, Sophienstr. 6.

## Charlottenburg.

Donnerstag, den 12. Juli, nachmittags 1/2 5 Uhr, im Volkshaus, Kollnische Str. 3:

## Öffentliche Versammlung

## aller Gast- und Schankwirte.

Tages-Ordnung:

1. Die Stellungnahme der Kollegen zu der so pöblichen wie ungerechtfertigten und horrenden Erhöhung des Viehpreises, wie sie Abbildung zu schaffen resp. dem gebührend entgegenzutreten. 2. Die Zigarettensteuerfrage in unserem Beruf. 3. Freie Aussprache. 25066

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch. Der Einberufer.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 137/13\*  
**Haut- und Harnleiden,**  
10-2-5-7. Sonntag 10-12-3-4.

**Zahn-Klinik,** beliebige Teilzahlung.  
**Olga Jacobson,** Invaliden-Str. 145.

## 2. Ziehung 1. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 10. Juli 1906, vormittags.

Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

31 50 175 305 363 782 1002 77 131 53 511 650 906  
2199 345 425 533 3008 157 327 418 13001 503 22 4315  
15 38 13001 724 541 5304 3 419 6128 459 564 890 7048  
216 61 521 55 11001 412 732 873 8212 452 544 771 9035  
169 218 345 702 872 13001  
10047 196 215 62 386 702 807 908 11167 277 525  
624 506 1001 61 948 12053 11001 77 129 436 13476 579  
89 94 934 14304 15009 67 303 31 45 799 979 33 13043  
187 225 69 99 375 531 934 45 50 17078 94 181 230 349  
463 634 712 65 919 18944 125 29 284 394 710 19199  
308 22 451 577 834 962  
20075 100 190 360 481 777 21307 413 830 22009  
74 11001 317 64 413 30 35 649 80 835 48 711 833 61  
23170 394 777 89 963 24096 178 292 356 521 682 1001  
70 78 881 25023 11001 53 232 354 682 789 900 26169  
329 443 325 640 63 11001 27131 420 54 615 66 834 850  
66 28059 76 154 96 81 391 621 753 832 11001 41 20076  
114 347 497 694 95 888 11001  
30944 95 324 402 13001 573 883 80 85 11001 942 78  
31133 304 601 623 786 500 52303 204 406 45 539 673  
733 43 917 33021 179 282 312 91 444 827 611 728 70  
11001 34002 149 301 11001 52 77 468 647 854 909 49 77  
35436 380 782 822 36229 64 68 309 837 37299 82 592  
638 76 974 32 36021 376 436 801 39315 59 600  
40133 301 91 498 988 41244 753 76 13001 808 13001  
986 90 42230 13001 311 1435 45 96 13001 808 13001  
279 278 278 423 44088 547 614 76 909 45500 5 377  
43088 179 1001 57 800 46012 107 290 95 311 69 89  
47005 448 787 971 48179 405 75 601 17 61 734 879  
973 49382 475 757 849  
50136 834 725 35 929 43 73 51002 106 41 233 404  
44 655 783 834 52373 657 826 49 53095 140 96 1001  
633 756 870 944 54027 274 537 39 644 851 55193 235  
394 742 900 55 56533 661 74 41 928 57275 343 385  
716 86 844 58906 517 47 689 745 940 59173 263 377  
448 885 667 734  
60469 70 735 11001 816 37 61 970 61105 71 361  
401 36 674 11001 779 11001 95 907 11001 15 43 62223  
95 324 453 796 336 63283 97 599 873 64107 80 249  
73 575 741 68001 19 282 423 11001 682 700 39 89 841  
66089 96 128 448 496 602 86 698 759 890 12001 913  
14 65 67234 778 896 627 60 68128 282 439 560 909 32  
52 73 69021 104 67 13001 82 413 563 616 73 894 985 11001  
70102 1201 7 8 10 73 349 619 967 71021 56 945  
455 74356 111 37 11001 73 624 596 62 70183 11001 273  
43 470 614 87 744 583 67 76133 342 43 685 83 77399  
43 419 838 78251 84 610 16 69 744 929 79230 303 716  
815 908  
80036 443 588 641 736 11001 77 970 81195 231 431  
45 534 607 11001 748 58 838 82388 845 47 949 94  
83086 344 753 90 11001 398 94 84065 137 330 70 547  
89 661 760 544 70 925 60 85176 83 683 730 810 98 920  
60 86362 13001 434 80 362 70 668 722 11001 87 977  
83 87006 11 114 12001 573 724 85106 244 617 22 902  
31 49 89186 227 800 2 58 607 834  
90379 444 572 785 993 67 91292 104 306 60 98  
668 639 75 92069 80 160 88 13001 205 333 410 569 80  
735 843 925 93016 37 274 361 722 923 92 94011 57  
902 98 95023 44 13001 130 579 995 843 759 929 96022  
180 96 382 453 619 97000 305 595 1001 611 806 29015  
127 538 72 26 63 911 49 99076 321 822 32 950 88 700  
42 809  
100216 401 69 565 732 33 567 101121 95 200  
410 32 576 748 316 23 701 102332 325 90 630 791 814  
95 103159 283 305 440 31 52 150001 798 890 830  
104333 329 613 904 1005002 11001 97 212 96 425 553  
607 700 60 844 964 13001 106222 13001 44 289 558  
674 702 810 107007 162 457 682 11001 770 108385  
470 622 59 965 109232 61 686 823  
110083 411 534 356 62 787 111166 372 569 76  
13001 832 950 112149 364 375 430 86 113612 32 57  
67 64 121 638 745 515 114486 111 37 11001 67 313  
11001 672 11001 97 831 115349 534 67 690 515 74 910  
116207 519 699 117035 222 11001 814 413 776 370 941  
41 118028 13001 48 129 281 11001 342 47 486 99 838  
968 93 119194 416 76 502 85 610 72 907 83  
120388 720 51 121036 324 74 96 463 504 30 688  
83 94 725 988 122306 74 334 471 672 714 18 44 11001  
45 51 817 123234 394 680 892 124006 394 95 808 601  
125757 126067 183 215 13001 400 635 11001 600 13001  
25 765 844 127345 317 14001 571 95 949 128117 206  
220 629 827 319 316 120963 83 130 83 491 628 898  
130229 319 32 401 610 842 131491 72 599 683  
132049 447 694 133030 90 533 33 409 80 545 32 42  
701 887 134402 45 306 636 787 135704 89 313 688 69  
95 97 11001 987 136088 384 590 787 882 894 137145  
800 31 76 603 748 809 93 901 138033 150 274 409 530  
139046 11001 297 98 378 415 562 607 80 850 67 963  
140952 906 426 507 906 141142 11001 110 906 564  
830 142133 58 677 11001 610 35 57 702 70 805 913

143416 58 760 870 913 144254 74 903 930 54 145424  
88 548 628 773 146067 11001 329 699 99 805 147208  
96 408 967 884 148010 82 41 102 401 533 615 32 94 967  
149122 424 11001 584 916  
150033 294 315 496 663 69 79 916 50 151136 51  
585 702 815 916 152034 11001 36 157 598 705 69  
153881 684 154042 299 303 41 688 155000 126 272  
11001 342 802 156119 682 88 11001 157042 336 1001  
505 51 694 178 158001 163 72 237 75 406 634 36 809  
922 159031 103 16 347 76 603 6 635 62 75 11001 881  
83 13001  
160031 138 86 219 345 444 612 29 74 735 161005  
270 77 80 435 60 535 697 892 162183 553 614 163384  
11001 492 908 164160 239 317 91 548 803 65 907  
165491 92 875 166116 60 11001 255 13001 330 11001 34  
835 167753 732 88 809 964 168615 41 769 805 11001  
980 169128 11001 68 380 597 13001 982  
170339 450 612 40 701 813 945 171035 367 419  
797 874 172444 70 569 783 173063 118 210 324 706  
718 939 174005 453 502 766 510 175104 628 87  
718 915 81 176504 583 733 15001 542 177992 141 94  
202 25 45 86 11001 421 357 649 71 178151 244 74 651  
848 92 26 42 65 179095 737 908  
180187 241 401 44 835 13001 181001 580 608 15  
908 47 182001 233 383 15001 420 827 56 67 99 11001  
991 183003 294 13001 300 631 764 84 904 184440  
65 233 83 967 717 817 65 956 185063 603 929 186063  
11001 160 316 435 59 588 796 929 38 187024 25 491 617  
985 188073 96 179 84 210 22 473 78 646 739 49  
1400001 84 86 847 938 189004 145 82 233 11001 87  
601 15 841 919  
190000 63 02 113 22 371 97 11001 463 703 83 84  
87 191109 73 490 781 934 192002 308 82 11001 86  
507 642 81 193162 234 330 494 566 635 908 194884  
237 69 303 441 983 92 195058 124 322 516 736 901 15  
70 196000 84 216 50 759 197138 49 571 526 38 689  
791 855 64 198449 842 844 13001 68 70 199364 610  
76 78  
200086 125 592 910 201036 43 92 11001 234  
11001 317 41 42 82 410 895 6 202308 93 401 26 517 39  
67 583 846 203031 151 331 446 55 835 58 94 204011  
46 235 499 325 677 97 13001 876 205357 483 630  
206094 11001 132 252 42 401 95 685 746 910 82  
207046 138 41 139 462 80 502 511 61 699 13001 94  
504 248133 41 263 330 430 797 25 89 429 76 249330  
26 402 553 87  
210181 291 11001 324 432 643 849 90 947 211038  
112 23 409 14 59 94 556 212123 459 887 213447 178  
251 83 441 74 11001 689 733 91 97 894 214102 70 281  
578 694 703 983 215014 51 432 49 611 708 963 216195  
890 768 99 807 980 217018 457 64 557 929 64 218088  
91 490 556 219199 584 600 81 700 822 583 11001  
220147 338 11001 306 505 46 725 880 906 69  
221024 43 69 86 100 781 850 923 2222030 40 217 584  
223064 191 265 61 364 576 832 72 90 922 40 224940  
87 95 476 503 11001 800 225296 498 626 665 66 226112  
577 780 99 227124 26 29 39 232 340 56 74 3901 329  
95 99 894 228020 233 42 503 18 777 952 229175 227  
51 524 37 288  
230139 210 334 581 621 79 796 295 909 42 231136  
40 11001 300 55 313 10 67 522 811 87 232078 120 22  
512 83 632 683 571 620 233067 38 100 6 94 432 61  
507 712 33 63 690 234071 87 95 288 411 707 55 77 87  
809 83 235017 278 527 700 45 884 963 236033 111 45  
81 230 320 604 606 808 912 34 237375 547 70 751 811  
25 238002 345 306 42 425 592 38 90 772 11001 873  
238182 606 633 847 930  
240047 74 114 597 11001 614 702 891 241280  
338 20 88 416 40 81 619 88 730 876 242183 233 23 351  
419 64 651 13901 892 23 28 82 906 11001 85 243030 60  
101 11001 6 13001 26 309 415 84 97 648 94 778 11001  
943 244018 135 77 305 556 781 75 76 245622 180 99  
257 322 600 246300 42 70 221 13001 447 533 32 59 617  
12001 84 869 92 968 247009 97 147 607 42 72 13001  
539 87 4 606 95 709 248040 97 132 76 11001 434 633  
74 915 249156 11001 36 120 243067 38 100 6 94 432 61  
250294 272 338 711 806 251163 303 80 536 63 74  
682 321 252012 15 118 36 297 394 689 789 823 253133  
682 321 252012 15 118 36 297 394 689 789 823 253133  
682 321 252012 15 118 36 297 394 689 789 823 253133  
682 321 252012 15 118 36 297 394 689 789 823 253133  
2550316 184 309 41 67 536 649 807 36 257224 624 803  
11 926 258021 43 289 345 65 692 883 259167 379 790  
831 11001 969 86  
260023 75 110 360 261077 204 488 96 513 74  
768 262173 426 70 610 985 263090 149 20 454 911  
920 264065 606 700 847 265088 146 215 91 207 116 424  
266 873 944 11001 260123 67 348 456 267116 434  
73 525 75 3001 610 34 12001 730 268327 453 633 11001  
88 612 873 904 269031 11001 86 288 392 510 70 659  
735 929  
270297 488 271106 85 95 473 560 886 752 896  
910 91 272128 975 273310 35 760 873 902 274252  
454 62 646 275487 694 612 276345 87 519 93 690 48  
61 90 945 277183 221 379 430 611 670 519 278079  
200 941 59 13001 94 99 11001 279388 829  
280065 177 372 588 688 281100 42 135 499 508  
620 784 911 282237 348 26 41 13001 487 793 984  
283225 486 86 883 83 840 51810

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Fünfter Wahlkreis. Das 10. Stiftungsfest des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 14. Juli, in den Gemächern des Schweizer Gartens am Königstor statt.

Der 6. Wahlkreis feiert am Sonntag, den 15. Juli, wieder im Moabitischen Schützenhause, Möhleser, sein Sommerfest. In dem reichhaltigen Programm — Konzert, Gesang, Tanz, humoristische Vorträge, Ausreiten von Turnern, Athleten und Radfahrern — ist auch besonders der Kinder gedacht.

Lichtenberg. Das diesjährige Sommerfest findet am Sonntag, den 22. Juli, im Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6, statt und wird Willetts in den heute stattfindenden Zahlabenden zu haben.

Pankow. In bezug auf den heute stattfindenden Zahlabend sei darauf hingewiesen, daß die Bezirke Krause u. Walter, welche die Kaiser Friedrichstraße 12—17 einschließen und sämtliche Nebenstraßen der Kaiser Friedrichstraße, sowie die Prenzlauer Chaussee umfassen, bei Griffel, Kaiser Friedrichstraße 12, und die Bezirke Erbe und Albrecht, die Kaiser Friedrichstraße 1—10 u. 88 bis Ende, sowie Berlinerstraße 70—88 und die Straße 32 umfassend, bei Müller, Berlinerstraße 286, zusammenkommen.

Alle anderen Bezirke treffen sich in den allbekannten Lokalen. Der Vorstand.

Wittenau. Die Genossen werden noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß laut Beschluß der Diskussionsabend von jetzt an immer auf Mittwoch vor dem 15. jeden Monats verlegt worden ist, trifft also mit den Berliner Zahlabenden zusammen. Der erste Diskussionsabend findet heute, den 11. Juli, bei Böhm, Oranienburgerstraße, statt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Von den Gefahren der Erziehung mit dem Stod.

In der 226. Gemeindegemeinschaft (Barutherstraße) hat sich eine Prügelaffäre abgespielt, die draußen vor dem Galleischen Tor wegen des merkwürdigen Ausganges, den sie schließlich genommen hat, viel besprochen wird.

In einer 2. Klasse hatte der Lehrer Franke, der dafür bekannt ist, daß er nicht zu den Feinden des Stodes gehört, kurz vor den Ferien einen Schüler P. so nachdrücklich bestraft, daß die Eltern über die sichtbaren Folgen dieser Erziehungsmethode zunächst nicht wenig erschrauten. Wie viel Siebe Herr Fr. ausgeteilt hat, wissen wir nicht sicher, aber man spricht von einer Zahl, über die mancher den Kopf schüttelt. Die Zahl hier zu nennen, das müssen wir uns versagen. Wir möchten nämlich Herrn Fr. nicht Gelegenheit geben, sich beleidigt zu fühlen, wenn wir vielleicht von einem oder zwei Sieben berichten, als er in Wirklichkeit verabschiedet hat. Der Rücken des Jungen zeigte sich dicht mit dicken Striemen bedeckt. Er bot einen solchen Anblick dar, daß die Eltern es für nötig hielten, sich an einen Arzt zu wenden. Dieser stellte nicht nur das gewünschte Zeugnis über den Befund aus, sondern es erschien ihm auch ratsam, dem Jungen in Behandlung zu nehmen. Der Junge fehlte dem einige Tage in der Schule, auch blieb er der Arbeit fern, die er nachmittags in einem Geschäft verrichtet, um schon etwas zu verdienen. Unsere Leser werden vielleicht wissen wollen, welcher Art denn der Frevel war, der dem Jungen die ausgiebige Tracht Prügel einbrachte. Die von uns bei Schülern der 2. Klasse angestellten Ermittlungen haben nur das ergeben, daß P. während des Unterrichtes einige Male hintereinander laut geniest habe. Aber Herrn Fr. werden hier vermutlich noch andere Schandthaten des Jungen einfallen, mit denen er die Prügelstrafe begründen wird.

Die Eltern waren natürlich entschlossen, die Sache nicht stecken zu lassen. P.'s erste wurde der Junge sofort vor den Rektor Manprich geführt, der sich den Rücken des Jungen mit Stauen befahl. Auch der hinzugezogene Lehrer Franke war betroffen, als er sehen mußte, was er angerichtet hatte. Es schien fast, daß die Affäre nicht günstig für ihn enden würde. Aber es gibt doch immer wieder noch gute Menschen, die „mit sich reden lassen“. Dem vermittelnden Eingreifen des Rektors gelang es, den Vater einzuweilen zu beruhigen. Hinterher aber kam zwischen dem Lehrer und dem Vater eine Einigung zustande. Sie bestand darin, daß Herr Fr. in sein Portemonnaie griff und den Schaden bezahlte. Der Vater erklärte sich damit zufrieden. Man erzählt, Herr Fr. habe so tief hineingreifen müssen, daß ihm die Prügel doch ein bißchen teuer geworden seien. Wahrscheinlich wird er nun zu der Ansicht gelangt sein, daß die Erziehung des Schulkindes mit dem Stod auch ihre Gefahren hat — wenn nicht für das Schulkind, so wenigstens für den Lehrer. Er ist noch jung und hat noch dreißig Jahre auf dem Rücken. Da bietet sich ihm noch reichlich Gelegenheit, diese Erfahrung zu nützen.

Uebrigens wollen wir unseren Lesern und vor allem auch Herrn Fr., dem diese Zeilen ebenfalls zu Gesicht kommen könnten, die beruhigende Versicherung geben, daß wir die Kenntnis dieser Prügelaffäre nicht den Eltern selber verdanken. Als wir von anderer Seite Meldung erhielten, suchten wir die Familie P. auf und baten um Auskunft. Man verweigerte aber jede Mitteilung und erklärte, es solle nichts in die Zeitung kommen, der Vater habe sich ja fast schon mit dem Lehrer geeinigt. Herr Lehrer Fr. braucht also Herrn P. nicht böse zu sein. — Der Mann gehört — das sei hier öffentlich und ausdrücklich festgesetzt — nicht zu denen, die sich an den „Vorwärts“ wenden.

Die Protverteuerer sind nicht in den Reihen der Bäckermeister zu suchen. So versichert „Die deutsche

Bäckerei“ (Zulnummer), das Organ der „Freien Vereinigung der Bäckermeister von Berlin und Umgegend“. Das Blatt bemängelt die in Nr. 145 des „Vorwärts“ veröffentlichten Betrachtungen über dieses Thema und bringt einen Antwortartikel, der nur das beweist, daß man in der Redaktion der „Deutsche Bäckerei“ unsere Ausführungen entweder schlecht gelesen oder bloß halb verstanden hat. Der Verfasser dieses Artikels der „Deutsche Bäckerei“ meint, es sei unsere „Spezialität“, den Berliner Bäckermeistern ordentlich eins auszuwaschen. Er glaubt, uns erst belehren zu müssen, daß doch unter dem Einfluß des neuen Zolltarifes auch die Mehlpreise gestiegen seien. Allerdings ist ihm durch unsere zweite Betrachtung über die Brotverwertung — die in Nummer 152 des „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, noch ehe die Zulnummer der „Deutsche Bäckerei“ herauskam — das Konzept ein klein wenig verdorben worden. Er hat für die darin enthaltenen Ausführungen nur ein paar Verlegenheitsphrasen. Interessant ist, daß „Die deutsche Bäckerei“ aus allem, was wir über die Brotverwertung gesagt haben, fast nur einen Punkt völlig widerspruchlos akzeptiert: das Rechenexempel, daß einem mit zwei Gefellen arbeitenden Meister aus den Zugeständnissen, die den Gefellen gemacht worden sind, eine jährliche Mehrausgabe von 686 M. erwachsen könne. Wir hatten aber ausdrücklich erklärt, daß diese Zahl die ungünstigsten Verhältnisse voraussetzt. Auf 686 M. stellt sich nach unserer Berechnung die den Gefellen zugute kommende Mehrbelastung des Meisters dann, wenn er bisher die schäblichsten Löhne und die elendeste Verpflegung gezahlt hat. Geht „Die deutsche Bäckerei“ von der Voraussetzung aus, daß solche Verhältnisse bisher die Regel waren? Obenein ist ihr in dem Exempel, das sie über alle gegenwärtigen Mehrausgaben der Bäckermeister aufgestellt hat, in der Höhe des Geschätzten ein kleiner Reizum passiert. Sie hat die 686 M. sogar zweimal in Rechnung gestellt.

Schiedsgerichtsvorsitzender. Der Regierungsassessor Neubaus ist zum stellvertretenden Vorsitzenden des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung Stadtkreis Berlin und Regierungsbezirk Potsdam, sowie für die Arbeiterversicherung in dem Eisenbahn-Direktionsbezirk Berlin ernannt.

Die Reisesaison hat begonnen, man geht in die Sommerfrische, so heißt es in den bürgerlichen Zeitungen. Natürlich muß man das nötige Kleingeld dazu übrig haben. Dazu fällt einem nur noch die Wahl schwer. In den Anschlagstulen wird täglich allerlei Reisegelegenheit angepriesen: Da geht es nach Hamburg mit Anschluß nach den Nordseebädern, nach Rügen und den Ostseebädern, nach dem Harz, nach dem Riesengebirge, nach Bayern, Württemberg und der Schweiz — fast jeden Tag findet man etwas Neues und nach allen Bahnhöfen ergießt sich ein Menschenstrom. Bei den reichen Leuten gehört das Reisen im Hochsommer zur Mode; es ist selbstverständlich geworden, ebenso selbstverständlich, daß die armen Leute zu Hause bleiben. Die Fabrikbesitzer, Handelsherren, Direktoren, höheren Beamten und die es sonst dazu haben, machen eine Erholungstour. Die Damen der Gesellschaft brauchen eine Bade-reise, während die Arbeiter und Arbeiterinnen an solchen Luxus nicht denken können, sondern froh sein müssen, daß sie überhaupt das ganze Jahr hindurch für ihre Herren fronden dürfen. Es ist die Ausnahme, wenn hier und da in großen Betrieben den Arbeitern ein kleiner Sommerurlaub bewilligt wird, oder wenn die vielgeplagten Handlungsgehilfen und -Gehtilfinnen, die jeden Tag bis 8 und 9 Uhr abends tätig sein müssen, eine Erholungs-pause erhalten. Ein Sommerurlaub mit Weiterbezahlung des Gehalts sollte in jedem Arbeitsvertrag festgesetzt sein, denn er ist eine Notwendigkeit für jeden, der Tag für Tag seine Arbeit leisten muß. Er muß einmal ausspannen dürfen, ohne die drückende Sorge zu haben, daß er nichts verdient, wenn er feiert. Die Zeit der unfreiwilligen Ruhepausen, die Lage der Arbeitslosigkeit bringen keine Erholung, sondern im Gegenteil Not und Sorge und der Geldmangel läßt gar nicht den Gedanken an eine kleine Reise, an den so notwendigen Wechsel der Umgebung für einen, wenn auch noch so kurze Zeit aufkommen. Nur wenigen Arbeitern ist es vergönnt, eine kleine Sommer-tour, vielleicht auf zwei Wochen, zu unternehmen; dazu muß vorher fleißig gespart und manches Notwendige entbehrt werden. Einzelnen besser bezahlten Arbeitern bietet sich unter besonders günstigen Verhältnissen eine solche Möglichkeit. Die Masse der Arbeiter jedoch leidet an ein unausgesetztes Hasten und Jagen, ein ständiges Verharren im Arbeitsjoch. Für sie gibt es keine Reisesaison.

Zur Weibbierverwertung. Gegen die von dem Verein Berliner Weibbierbrauereien beschlossene Preiserhöhung des Weibbieres hat der Verband der Freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, verschiedene Einwände erhoben. Der Verein Berliner Weibbierbrauereien führt bekanntlich den Preisaufschlag auf Weibbier auf gesteigerte Betriebsausgaben, übermäßige Konkurrenzmissstände, auf die am 1. März erfolgten erhöhten Zölle, sowie auf die seit dem 1. Juli eingetretene Erhöhung der Brauereierzeugnisse zurück. In dem Schreiben an die Gastwirte heißt es zum Schluß:

„Wir teilen Ihnen deshalb ergebenst mit, daß wir vom 9. Juli d. J. ab, den Preis für die halbe Tonne Weibbier bis zu 70 Liter Inhalt in amtlich getriebenen Gebinden frei Haus lieferbar auf 750 M. festgesetzt haben unter Fortfall aller bisher gewährten Rabatte (Säbentonnen), Vergütungen jeder Art, Geburts-tage- und Weihnachts-geschenke, Beteiligung an Abendessen und sonstigen Zwick- und Fellechen, Annahme von Willetts zu Wällen, Landpartien und anderen privaten Veranstaltungen.“

Der Preis für das nach den Vororten zu liefernde Bier erhöht sich um die daselbst zu zahlende Biersteuer. Indem wir Sie bitten, die uns durch die Nacht der Verhältnisse aufgezwungene Preisreform wohlwollend zu beurteilen, zeichnen wir

Hochachtungsvoll und ergebenst  
Verein der Berliner Weibbierbrauereien G. B.“

Hierauf hat der Obmann der Rechtschutzkommission des Verbandes der Freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin, an den Vorsitzenden des Vereines der Berliner Weibbierbrauereien ein Schreiben gerichtet, in welchem darauf hingewiesen wird, daß die Gastwirte durch die angelegte Preis-erhöhung und durch den verminderten Inhalt der Gebinde, in denen jetzt das Weibbier geliefert wird, schwer geschädigt werden. „Die bisherigen Verwertungsbedingungen einseitig zu lösen, die Preise zu erhöhen und das Quantum zu vermindern, bevor der Stoffbezug vollständig erreicht ist,“ heißt es zum Schluß, „dürfte einen Rattenkönig von Projekten heraufbeschwören.“ In dem hierauf erfolgten Antwortschreiben des Vereines der Brauereien wird zum Schluß darauf verwiesen, daß die Preiserhöhung zum Teil eine kurze Erregung hervorgerufen habe, daß es aber auch nicht an Zu-

stimmungserklärungen fehle. Die Bedenken der Brauereibesitzer, daß sie ohne Preiserhöhung ihre Betriebe zum Teil hätten schließen müssen, sind wohl nicht so tragisch zu nehmen. Wie bei allen Lebens-mittelwertuerungen die Mehrkosten auf das konsumierende Publikum abgewälzt werden, und man dabei mitunter noch etwas verdient, so dürfte auch der Verein der Berliner Weibbierbrauereien es verstehen, daß er unter Anführung der das Weibbier verteuern-den Umstände auf seine Rechnung kommt.

Der Reichsverband in der Ortsklasse der Schneider. Mitte Juni wurde der Vorstand der Ortsklasse der Schneider angewiesen, die Auszahlung der am 22. Mai erfolgten Wahl der Arbeitnehmer-delegierten zur Generalversammlung unverzüglich vorzunehmen. Heute, am 11. Juli, ist das noch nicht geschehen. Es hat der Vorstand eine Beschwerde gegen diese Verfügung an den Oberpräsidenten gerichtet.

Wenn gewerkschaftlich organisierte Arbeiter den Alkohol bekämpfen, ja Bauen, das ist auch ganz was anderes. Hier verflucht der Vorstand klar gegen das Gesetz, während im anderen Falle der Vorstand Aufklärung verbreiten wollte.

Gegenwärtig stellt das Kassenlokal zeitweise einen Krankenjaal dar. Am Sonnabend, den 30. Juni erfielen in demselben zehn Personen in Ohnmacht; am Montag, den 2. Juli, sieben. Woher das kommt? Die Leute müssen 4 Stunden und noch länger im Kassenlokal auf ihre Abfertigung warten. Die Auffassung, daß zu wenig Beamte da sind, trifft nicht zu. Im Gegenteil! Keine Kasse hat prozentual soviel Angestellte wie die Ortsklasse der Schneider. Herr Wroda hat eben in dem guten Glauben, daß, wenn Gott ein Rat gibt, er es auch tragen hilft, Leute angestellt, die sich zum Kassenangestellten ungefähr so eignen wie eben Reichsverbändler.

Wenn in einer Kasse soviel Lehrlinge als jetzt Beamte mit lebenslänglichen Kontrakten beschäftigt werden, brauchte man sich über die langfristige Abfertigung des Publikums nicht zu wundern. Den Besuchern der Ortskrankenkasse der Schneider möchten wir raten, eventuell Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zu richten.

Die Vorgänge in der Ortsklasse der Schneider während der letzten Zeit haben den Verband der Schneider veranlaßt, für Donnerstag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, nach den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in welcher den Mitgliedern der Kasse Bericht über die Zustände in der Orts-kasse der Schneider erstattet werden soll.

Auf das Kuriosum, daß Briefe billiger als Drucksachen sind, haben wir bereits hingewiesen. Es dürfte jedoch nicht unangebracht sein, unseren Lesern nochmals mit der nach Aufhebung der Orts-brieflage eingeführten Portoerhöhung vertraut zu machen. Seit dem 1. Juli kosten Drucksachen von 100—200 Gramm auch im Orts- und Nachbartsverkehr 10 Pf., als geschlossener Brief aber nur 5 Pf. Man hüte sich also, solche Sendungen offen und mit der früher üblichen Bezeichnung Drucksache zu verschiden. Dasselbe ist der Fall mit allen Geschäftspapieren bis zum Gewicht von 250 Gramm. Diese kosten, auch wenn sie nur wenige Gramm schwer sind, im Ortsverkehr künftig 10 Pf., als geschlossener Brief nur 5 Pf. Ebenso wird man Warenproben besser für 5 Pf. als Brief, denn für 10 Pf. als ausdrücklich so bezeichnete Warenprobe ver-schiden. Dasselbe ist der Fall für zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben, die als solche 10 Pf., als Briefe im Ortsverkehr nur 5 Pf. kosten.

Der Postlieferant Barkenwarenfabrikant Pfeifer aus der Friedrichstraße 120 ist unter dem Verdachte der Verführung minder-jähriger Mädchen in seiner in Tegel gelegenen Villa verhaftet worden. Er steht im 52. Lebensjahr, hat zwei verheiratete Töchter und einen erwachsenen Sohn, der im Geschäft des Vaters tätig ist. P. scheint ein vollständiges „Doppelleben“ geführt zu haben; während er draußen in seiner Villa verbotenen Vergnügungen nach-ging, war er in Berlin der solideste Ehemann. Nicht nur, daß man ihn im Innern der Stadt niemals auf verdorbenen Wegen wandeln sah, auch das Eheleben P.'s war ein durchaus ungetriebenes. Nie-mals wurde in der Nachbarschaft Streit zwischen den Eheleuten be-merkt, wie P. überhaupt allgemein in der nördlichen Friedrichstadt als guibziger, solider Mann bekannt war. Die Verfehlungen, deren P. beschuldigt wird, kommen daher auch der Familie völlig überraschend.

Zwei Personen durch Pferdehufe getötet. In dem Depot 6 der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft in der Zosmunder-straße 2/3 haben sich kurz hintereinander zwei bedauerliche Unglücks-fälle ereignet, welche beide einen tödlichen Ausgang nahmen. Der 44-jährige Stallmann Schömling hatte ein Pferd, weil es sich fürchig zeigte, geprügelt, worauf das Tier ausfällig und den Sch. mit solcher Gewalt vor die Brust traf, daß er bewußtlos nieder-stürzte. Er wurde in das Lazarus-Krankenhaus gebracht, starb aber bald nach der Einklieferung. Das gleiche Schicksal ereilte den 19-jährigen Stallburschen Neubauer, der gleichfalls in dem Depot 6 beschäftigt war. A. hatte zwei Pferde von der Haltestelle nach dem Depot zurückgeführt und unterwegs waren die Stränge herunter-gefallen. Als sich der junge Mann bückte, um sie wieder aufzu-heben, stieg eines der Pferde aus und traf A. so unglücklich gegen den Leib, daß eine Darmverletzung herbeigeführt wurde. Auch der Stallbursche erlag im Lazarus-Krankenhaus den schweren Ver-letzungen. — Außerdem wurde der Stallmann Vepke in dem gleichen Depot von einem Pferde geschlagen und schwer verletzt.

Von seiner Hülle abgehängt und ertrunken ist gestern der Schiffseigner Schliemann, der mit seinem Fahrzeug in der Nähe des Spieckers des Lehener Güterbahnhofs vor Anker gelegen hatte. Sch. hatte beim Ausladen der Frachtkisten geholfen und verlor, als er am Schiffskrande stand, plötzlich das Gleichgewicht. Er stürzte rück-wärts in den Kanal und kam nicht wieder zum Vorschein. Jedenfalls hatte der Bedauernderverseher, welcher durch die Arbeit sehr erlöt gewesen, beim Sturz ins Wasser einen Herzschlag erlitten. Die Leiche ist bereits gelandet und in das Schauhaus gebracht worden.

In einem Vorortzuge vom Tode überfallen wurde der 53-jährige Fabrikant P. aus der Oranienstraße. P. war mit seiner Ehefrau in Erkner gewesen und wurde bald während der Fahrt von einem Unwohlsein betroffen. Frau P. wollte auf der Station Wilhelmshagen ihrem Manne ein Glas Wasser holen, vermochte dies jedoch nicht mehr infolge der kurzen Haltezeit. Kurz vor der Station Rahndorf sank P. plötzlich tot nieder; ein Herzschlag hatte seinem Leben ein jähes Ende bereitet.

Von Einbrechern niedergeschlagen wurde am Sonntagabend gegen 10 Uhr die in der Plantagenstr. 41 wohnende 76-jährige Witwe Hille. Schon am Sonntag vor acht Tagen wurden in dem er-wähnten Hause zwei junge Furchen bemerkt, die sich nach der Wohnung der Witwe H. erkundigten, sich aber im übrigen mit den Hoffenverhältnissen der Frau ziemlich vertraut zigten. Dieser Vorfall blieb jedoch von den Hausbewohnern unbeachtet. Am Sonntagnachmittag besuchte die Witwe ihren am Wedding wohnenden Sohn und kehrte von dort gegen 10 Uhr nach ihrer in der vierten Etage des genannten Hauses belegenen Wohnung zurück. Als Frau Hille die Tür öffnen wollte, bemerkte sie zu ihrer Ueberraschung, daß die Stube von innen verschlossen war. Bevor sie jedoch Hülfe herbeiholen konnte, wurde die Tür plötzlich aufgestoßen und im nächsten Moment rannte ein Mann an der Grotzlin vorbei. Ihn

